

Die Politische Bildung in der Schweiz

Patrik Zamora, Dr. phil. (Geschäftsführer Etharion GmbH)

Carol Schafroth (Geschäftsführerin Campus für Demokratie, Stiftung Dialog)

Claudia Röder (Projektmitarbeiterin Campus für Demokratie, Stiftung Dialog)

**ANNY
KLAWA-
MORF**

Stiftung Fondation Fondazione

Einleitung

Die von der Anny-Klawa-Morf-Stiftung im Februar 2020 in Auftrag gegebene und von Patrik Zamora (Geschäftsführer Etharion GmbH), Carol Schafroth (Geschäftsführerin Campus für Demokratie, Stiftung Dialog) und von Claudia Röder (Projektmitarbeiterin Campus für Demokratie, Stiftung Dialog) verfasste Studie «Die politische Bildung in der Schweiz» liefert einen ersten Überblick über den zerklüfteten non-formalen Sektor der politischen Bildung. Dieser ausserhalb der schulischen Institutionen und der formalen Bildungswege angesiedelte Bereich ist von einem Widerspruch geprägt: Einerseits gibt es eine «unüberblickbare Vielfalt von Angeboten», andererseits hat politische Bildung in der Schweiz «traditionell einen tiefen Stellenwert» (S. 3). Bisher wurde diese Kombination von Beliebigkeit und Strukturschwäche kaum systematisch analysiert. Der vorliegende Einblick in ca. 100 Angebote verschiedenster privaten und staatlichen Organisationen bietet die Möglichkeit einer ersten Orientierung. Die Anny-Klawa-Morf-Stiftung schätzt sich glücklich, diese Informationen und ihre theoretische Einbettung in die Bildungsforschung einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Stiftungsrat dankt den Autor*innen für ihre Arbeit.

Das Konzept der «politischen Bildung», das der Studie zugrunde liegt, deckt sich nicht in jeder Hinsicht mit dem Selbstverständnis der Anny-Klawa-Morf-Stiftung. Der Veröffentlichung möchten wir deshalb diese kurze Einleitung voranschicken. Ein gemeinsamer Nenner besteht darin, dass auch wir «Konzepte, welche die Befähigung zur politischen Partizipation als Ziel» betrachten und dass es ergo nicht um «reine Wissensvermittlung», sondern um ein demokratisches Empowerment geht (S. 4).

Unterschiedliche Akzentsetzungen ergeben sich in zwei Punkten. Auch die AKM-Stiftung nimmt zur Kenntnis, «dass in westlichen Demokratien das Vertrauen in politische Institutionen sinkt, das Interesse an Politik zurückgeht und das gesellschaftliche Sozialkapital abnimmt» (S. 3). Sie verortet diesen Trend im Spannungsfeld des politischen Pluralismus. Es geht auf der einen Seite um die Generalia einer demokratischen Gesellschaft: Partizipation als wissensbasierte Deliberation, als Teilhabe an öffentlichen Gütern, als Zugang zu Institutionen, als das Recht aller, Rechte zu haben. Auf der anderen Seite funktioniert Demokratie nur, wenn es

Wahlmöglichkeiten gibt. Das Feld der politischen Auseinandersetzung ist über Differenzen strukturiert. Nur, wenn es erkennbar unterschiedliche politische Richtungen gibt, die über ein konturiertes Partei- oder Bewegungsprogramm verfügen, entsteht eine robuste demokratische Streitkultur. In dieser ist Überzeugungsarbeit gefragt. Die Studie setzt eine solche Parteilichkeit etwas zu rasch mit «Überwältigung» gleich. Wir gehen davon aus, dass programmatische politische Bildungsarbeit den Ansprüchen einer pluralistischen Demokratie gerade deshalb besser genügen kann, weil der konstatierte Vertrauensverlust auch damit zu tun hat, dass sich Parteiprofile abgeschliffen haben und bei Wählerinnen und Wählern der Eindruck entsteht, es komme sowieso nicht darauf an, wer am Ruder der Regierung sei. Daraus resultiert eine eindimensionale Eliten-Kritik, die einen Grundtenor des aktuellen Populismus darstellt. Von daher legt die AKM-Stiftung Wert auf der Unterscheidung zwischen «Überzeugung» und «Überwältigung» und plädiert für mehr vom ersteren.

Der zweite Punkt besteht in der Problemanalyse. Wir denken nicht, dass es vor allem der Europarat ist, der – wie in der Studie vermerkt – ein Problem mit dem «Überwältigungsverbot» hat (S. 4 und 5). Vielmehr betrachten wir mit Sorge eine Renationalisierung der Vorstellungen von Gesellschaft und Gemeinschaft. Die Indoktrinierungsgefahr kommt heute primär aus nationalen Räumen – die Europäische Union und der Europarat stellen hier eine auf Öffnung und Menschenrechte bedachte Gegenteil dar. Angesichts des Hochfahrens von Nationalideologien genügt es nicht, abstrakt «mehr Partizipation» zu fordern, sondern es muss künftig klarer werden, dass auch auf Ausgrenzung und Rassismus beruhende «Wir»-Gruppen «Beteiligung» anbieten, allerdings in eine desaströse Richtung. Eine Integration der existierenden Nationalstaaten in ein Europa, welches das menschliche Recht auf Selbstbestimmung in Freiheit fördert, stärkt die Demokratie auf allen Ebenen. Auch hier ist Überzeugungsarbeit gefragt.

Diese Überlegungen werden wir – auch mit Hilfe der vorliegenden Studie – weiter vertiefen.

Jakob Tanner,
Stiftungsrat Anny-Klawa-Morf-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

1. Die Politische Bildung in der Schweiz	3
2. Was ist politische Bildung?	3
2.1 Partizipation als Ziel	4
3. Kompetenzen der politischen Bildung	5
3.1 Politisches Wissen	5
3.2 Politikbezogene Fähigkeiten	6
3.3 Politische Einstellung	6
4. Politische Bildung in der Schweiz	7
4.1 Forschung zur Politischen Bildung in der Schweiz	8
4.2 Zum Stand der politischen Bildung der Bevölkerung	9
4.3 Die Rolle von Politischen Stiftungen	9
5. Methodisches Vorgehen	10
5.1 Identifikation der Akteure	10
5.2 Auswahl der Indikatoren	11
5.3 Kombinierte Analyse der Indikatoren	13
6. Charakteristik der Angebote	13
6.1 Organisation der Akteure	13
6.2 Zielgruppen und Reichweite	14
6.3 Inhaltliche Merkmale	16
6.4 Reflexion zur Erstellung der Liste	17
7. Kombinierte Analysen	18
7.1 Kombination der Indikatoren	18
7.2 Mapping: Übersicht der schweizerischen Bildungslandschaft im Bereich der non-formalen politischen Bildung	21
8. Zusammenfassung der Erkenntnisse	23
9. Potential für Angebote	24
Endnoten	25
Literatur	26
10. Anhang	29
10.1 Beschreibung Methoden	29
10.2 Beschreibung Themen	31
10.3 Beschreibung von Netzwerk-Organisationen	32
10.4 Liste ausschliesslich staatlicher Akteure	33

Executive Summary

Politische Bildung fördert das Wissen, die Fähigkeiten und Einstellungen, welche eine aktive und informierte Beteiligung am gesellschaftlichen und demokratischen Leben ermöglichen. Diese politische Partizipation ist für das Überleben von Demokratien entscheidend.

Während die formale politische Bildung mehrheitlich von staatlichen Bildungsinstitutionen gewährleistet werden sollte, wird die ausserschulische non-formale politische Bildung von einer Vielzahl von unabhängigen privaten und öffentlichen Akteuren übernommen. Dieser non-formale Sektor wurde bis anhin kaum systematisch analysiert.

Zum Zweck der Lagebestimmung der zukünftigen Rolle der Anny-Klawa-Morf-Stiftung in der non-formalen politischen Bildung, wird in dieser Studie die ausserschulische Bildungslandschaft systematisch analysiert. Im Vordergrund steht die allgemeine Charakteristik der politischen Bildung im Land und insbesondere die Rolle der privaten Anbieter im Feld, deren Themen, Methoden und Zielgruppen. Ausserdem konnten Einblicke zu der Vernetzung und der Finanzierung der einzelnen Angebote gesammelt werden.

Insgesamt wurden 100 Angebote verschiedenster privaten und staatlichen Organisationen für die Studie berücksichtigt. Die Analyse wird auf Grund von Kombinationen verschiedener Indikatoren vorgenommen und mit Einschätzungen des Projektteams ergänzt. Dadurch wird ein umfassender Überblick über die Landschaft der politischen Bildung in der Schweiz dargestellt.

Daraus folgend, hat das Projektteam folgende Lücken in der non-formalen politischen Bildungslandschaft identifiziert, deren Behebung durch gezielte Massnahmen einen signifikanten Einfluss auf die politische Bildung der Schweizer Bevölkerung haben könnte:

- Um eine breite Bevölkerungsschicht anzusprechen, sollten Angebote geschaffen und unterstützt werden, welche politisch marginalisierte Gruppen explizit ansprechen.
- Randregionen und Sprachminderheiten werden von der politischen Bildung vernachlässigt. Angebote ausserhalb der urbanen und sprachlichen Zentren benötigen finanzielle und organisatorische Unterstützung.
- Die Wissensvermittlung steht bei Angeboten für Erwachsene nach wie vor im Vordergrund. Projekte die Fähigkeiten und Einstellungen fördern, müssen ausgebaut werden.
- Private Finanzierungsquellen wie Stiftungen sind oftmals nicht bereit, langfristige Fördermittel, die über eine Anschubfinanzierung hinausgehen, zu sprechen. Eine Zusammenarbeit der Anny-Klawa-Morf-Stiftung mit Förderstiftungen zum Erreichen dieses Zieles könnte einen enormen Impact haben.

1. Die Politische Bildung in der Schweiz

Die Bildungslandschaft der politischen Bildung in der Schweiz ist geprägt von einer nahezu unüberblickbaren Vielfalt von Angeboten. Dies betrifft nicht nur die angebotenen Projekte, sondern auch deren Träger, Ziele und Vorgehensweisen. Die politische Bildung hat traditionell einen tiefen Stellenwert in der Schweiz. Vor der Einführung des Plan d'études romand (PER) und der noch ausstehenden vollständigen Implementierung des Lehrplans 21, war das Fach kaum in den Volksschulen präsent. In der ausserschulischen politischen Bildung stellt sich das Problem, dass der Sektor dezentralisiert ist, als in anderen europäischen Ländern. So gibt es in der Schweiz beispielsweise kein Pendant zur deutschen Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und den 16 Landeszentralen für politische Bildung. Ebenfalls gab es bisher kaum nennenswerte parteinahe Stiftungen. Dies sind zum Beispiel die Konrad-Adenauer-Stiftung oder die Friedrich-Ebert-Stiftung, welche im nördlichen Nachbarland wichtige Bildungsarbeit in diesem Bereich übernehmen und zudem substantielle finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Daraus resultiert, dass in der Schweiz unzählige Akteure in der formalen und non-formalen ausserschulischen, politischen Bildung aktiv sind. Jedoch war es bisher kaum möglich, einen systematischen Überblick über die verschiedenen Organisationen und deren Leistungen, Ziele und Projekte zu erlangen. Diese Studie hat das Ziel, eine erste, auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhende, Systematisierung der ausserschulischen politischen Bildung in der Schweiz zu erstellen.

Die Studie besteht aus einem theoretischen und einem empirischen Teil. In den Kapiteln 2 und 3 wird erläutert, was politische Bildung ist, was damit erreicht werden soll und welche Kompetenzen dazu gefördert werden müssen. In Kapitel 4 werden die wenigen bisherige Erkenntnisse zur politischen Bildung in der Schweiz dargelegt.

Für die empirische Studie wurden 100 Projekte ausgewählt, welche im Bereich der non-formalen politischen Bildung in der Schweiz tätig sind und deren Angebote anhand mehrerer Indikatoren ausgewertet. In Kapitel 5 beginnt der empirische Teil mit Ausführungen zum methodischen Vorgehen, bevor in Kapitel 6 die Eckdaten der erhobenen Indikatoren dargestellt werden. In Kapitel 7 werden verschiedene Indikatoren kombiniert betrachtet. Zum Abschluss werden in Kapitel 8 und 9 die Schlüsse aus der Studie gezogen und Möglichkeiten dargestellt, wie sich die Anny-Klawa-Morf-Stiftung in Zukunft im Feld positionieren könnte.

2. Was ist politische Bildung?

Nicht erst seit dem Erfolg von populistischen Parteien und Politiker*innen gibt es Bedenken, dass westliche Demokratien in einer Krise stecken. So kann seit längerem beobachtet werden, dass in westlichen Demokratien das Vertrauen in politische Institutionen sinkt, das Interesse an Politik zurückgeht und das gesellschaftliche Sozialkapital abnimmt.¹⁻³ In der Schweiz ist zudem die Wahl- und Stimmbeteiligung tief und es wird immer schwieriger, politische Exekutivämter auf Gemeindeebene zu besetzen.⁴ Um diese und ähnliche Probleme zu lösen, haben verschiedene Demokratien weltweit vermehrt angefangen, die politische Bildung in ihren Bildungssystemen wieder zu stärken.⁵

Für die politische Bildung gibt es keineswegs eine allgemein gültige Definition, welche von allen Akteuren akzeptiert und geteilt wird. Zudem gibt es eine Vielzahl von Konzepten, die teilweise fast deckungsgleich sind, so zum Beispiel das Konzept der Demokratieerziehung oder kritische politische Erziehung. Ebenfalls gibt es Konzepte, welche starke Ähnlichkeiten aufweisen und teilweise nur einzelne Aspekte der politischen Bildung aufgreifen. Dazu gehört beispiels-

weise die Menschenrechtsbildung aber auch Global Citizen Education (GCE) oder Bildung zur nachhaltigen Entwicklung (BNE).

Ausserdem herrscht Uneinigkeit über die Zielvorstellungen der politischen Bildung.⁶ Zu den von der Wissenschaft vorgeschlagenen gehören auch schwierig fassbare Begriffe wie politische «Mündigkeit» oder «Freiheit» oder «reflektierten und selbst-reflexiven Politikbewusstsein». In den letzten Jahren vermehren sich jedoch wieder Konzepte, welche die Befähigung zur politischen Partizipation als Ziel der politischen Bildung betrachten. Entsprechend fördert die politische Bildung «das Wissen, die Fähigkeiten, Einstellungen und Erfahrungen, welche es einer Person ermöglichen, eine aktive und informierte Beteiligung am demokratischen Leben auszuüben».⁷

Dies deckt sich mit der Interpretation von Bürgler und Gautschi von der PH Zürich, welche argumentieren, dass die politische Bildung über die reine Wissensvermittlung gehen soll, und vielmehr den Individuen ermöglichen soll, sich über das politisch-gesellschaftliche Leben zu informieren, sich dafür zu interessieren und eigenständig daran teilzuhaben.⁸ Anzumerken gilt es, dass es keine allgemeingültige Definition gibt. So wurde lange Zeit eine Debatte darüber geführt, ob die politische Teilhabe nur ermöglicht werden soll, oder eine normative Erwartung an Partizipation vermittelt werden darf.⁶ Dies wäre jedoch kaum mit dem Überwältigungsverbot der politischen Bildung zu vereinbaren, das besagt, dass Lernende nicht daran gehindert werden dürfen, ein selbständiges Urteil zu fällen. Dies gilt auch für die Frage, ob eine Person teilhaben will oder nicht. Zu guter Letzt gibt es verschiedene politische Akteure und Organisationen, wie zum Beispiel dem Europarat, die Definitionen anbieten, welche stark von ihren eigenen Zielen und Bestrebungen gefärbt sind.⁹

2.1 Partizipation als Ziel

Partizipation ist das Ziel politischer Bildung und das «Lebenselexier» von Demokratie.¹⁰ Jedoch ist keineswegs klar, was politische Partizipation genau beinhaltet und die in der Fachliteratur beschriebenen möglichen Partizipationsformen haben sich in den letzten Jahren vervielfacht: Wählen, boykottieren, spenden, sich einer Wahl stellen, einem politischen Poetry Slam beiwohnen oder einfach nur kritische E-Mails forwarden wurden verschiedentlich als politische Partizipation bezeichnet. Was unter politischer Partizipation verstanden wird, wirkt sich wiederum auf die Anforderungen an die politische Bildung aus. Personen mit einer konventionellen Sichtweise auf politische Partizipation, welche vor allem Wählen und Abstimmen beinhaltet, betrachten tiefe und gar abnehmende Wähler*innenanteile als das Hauptproblem, welches durch die politische Bildung gelöst werden soll. Diese etwas einseitige Vorstellung greift jedoch zu wenig weit. Der Begriff der politischen Partizipation kann deswegen auf alle Aktivitäten ausgeweitet werden, welche darauf abzielen, die Gesellschaft oder soziales Verhalten zu verändern.¹¹ Um politische Partizipation zu systematisieren, hilft es das «Conceptual Map of Political Participation» des Mannheimer Soziologen Jan van Deth zu verwenden.¹⁰ Dieser unterscheidet vier Gruppen von politischer Partizipation, welche aufeinander aufbauend sind. Durch die ersten beiden Formen der Partizipation wird versucht, Einflussnahme auf die Staats- und Regierungsebene zu nehmen. Diese Partizipation ist also im engeren Sinne politisch. Die dritte und vierte Form der Partizipation ist zivilgesellschaftlich.

Politische Teilhabe:

I Minimalistische Partizipation

Klassische politische Teilhabe wie das Abstimmen, Wählen oder ein Parteibeitritt.

II Aktivistische Partizipation

Kann legale (z.B. Demonstrieren, Petitionen unterzeichnen, Flash mobs), wie auch illegale Mittel (z.B. Strassenblockaden, Graffiti etc.) beinhalten.

Zivilgesellschaftliche Partizipation:

III Freiwilliges Engagement

Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereinen und Clubs, als auch Freiwilligenarbeit.

IV: Individualisierte Partizipation

Häufig ethisch motivierte Teilhabe. Unter anderem Boykotte und individuelles oder kollektives politisches Konsumverhalten, bis hin zu extremen Handlungen wie öffentlichen Selbstmorden aus Protest.

Diese Klassifizierung nach van Deth macht es erst möglich, Akteure und Angebote der politischen Bildung in der Schweiz zu identifizieren und zu mappen. Ein Angebot ist immer dann politische Bildung, wenn es darauf abzielt, Partizipation zu ermöglichen oder wenn mindestens eine Kompetenz der politischen Bildung gefördert wird.

3. Kompetenzen der politischen Bildung

Die «Kompetenzdebatte» hat in den letzten 20 Jahren die gesamte deutschsprachige Bildungslandschaft geprägt. Die Debatte hat in der Disziplin zu tiefen, ideologischen Grabenkämpfen geführt, wobei es oft darum ging, persönliche Fehden auszutragen und die Meinungsführerschaft über den akademischen Diskurs zu erlangen. Darunter litten häufig die Sachlichkeit des akademischen Diskurses und die wissenschaftliche Qualität der Texte. Die Folge davon ist, dass noch heute eine Vielzahl von Konzepten propagiert werden, die auf wackligen theoretischen Grundlagen stehen und wissenschaftlich kaum haltbar,¹²⁻¹⁴ oder stark normativ geprägt sind. So ist das vom Europarat propagierte Modell⁹ kaum mit dem Überwältigungsverbot,¹⁵ welches Indoktrination verhindern soll, zu vereinbaren. Dies wirkt sich auch auf die Praxis aus, welche sich mit den zum Teil konfuse Konzepten konfrontiert sieht.

Unabhängig von der Disziplin, wird in der internationalen Literatur Kompetenz als eine Kombination von «Knowledge, Skills and Attitudes» (KSA)¹⁶⁻²⁰ beschrieben, welche es Personen ermöglichen, (berufliche) Handlungen professionell auszuführen.²¹ Die Kompetenzorientierung orientiert sich also stark an der Anwendbarkeit von Erlerntem. Wir schlagen deshalb ein vereinfachtes Kompetenzmodell vor, welches im Grunde aus drei Kompetenzdimensionen besteht: a) politischem Wissen, b) politischer Fähigkeiten und c) politischer Einstellung.

Diese drei Kompetenzdimensionen sind trennscharf: man kann sie auf theoretischer wie auch empirischer Ebene klar voneinander trennen. Jede einzelne Kompetenzdimension besteht wiederum aus Teilbereichen, auch Facetten genannt. Diese Facetten innerhalb einer Dimension weisen starke Gemeinsamkeiten auf, sind also nicht trennscharf. Entsprechend werden sie gemeinsam in eine Dimension gepackt.

3.1 Politisches Wissen

Politisches Wissen setzt sich aus Wissen zu den drei Teilbereichen der Politik zusammen

Polity:

Institutionelle Aspekte, ist also die Form und Struktur des Politischen und beinhaltet das klassische «staatskundliche» Wissen über Regierungssysteme, Parlamente, Parteien, nationale und internationale Organisationen und die Rechtsordnung etc.

Policy:

Die Inhalte politischer Prozesse und Auseinandersetzungen für welche politische Lösungen gefunden werden sollen. Policy bezeichnet die thematischen Felder, welche durch die Politik gelöst werden sollen. Da sich die Politik mit fast allen gesellschaftlichen Teilbereichen befasst (Wirtschaft, Umwelt, Technologie, Bildung, Eheschliessungen etc.), kann fast alles eine politische Dimension haben. Die politische Bildung ist entsprechend stark interdisziplinär, da Policy-Aspekte oft aus verschiedenen Disziplinen kommen.

Politics:

Beschreibt das, was gemeinhin als Politik verstanden wird, also den politischen Prozess um Macht innerhalb eines politischen Systems und Verfahren, Konflikte und Auseinandersetzungen der am politischen Geschehen Beteiligten.

3.2 Politikbezogene Fähigkeiten

Beinhalten interdisziplinäre Methodenfertigkeiten, welche es den Individuen ermöglichen, Politik zu verstehen und kritisch zu hinterfragen, über Politik zu kommunizieren und Entscheidungen zu fällen. Dies ist zusammengefasst das «technische» Handwerk, welches Partizipation ermöglicht. Wir unterscheiden drei Facetten dieser Dimension, welche stark miteinander zusammenhängen.

Informieren

Die Grundlage für politische Partizipation bildet die Fähigkeit, sich über das Politische zu informieren. Dies geschieht traditionell in den Massenmedien, welche über politische und gesellschaftliche Themen informieren. Zunehmend wird diese Gatekeeper-Funktion durch soziale Medien übernommen. Individuen müssen in der Lage sein, diese Informationen zu finden, deren Qualität einzuschätzen und die Informationen einzuordnen.

Meinungsbildung

Die Fertigkeit, welche es den Individuen ermöglicht, zu einer selbständigen, begründeten Beurteilung von politischen Konflikten, Auseinandersetzungen und Problemstellungen zu kommen. Entscheidungen und Urteile im Politischen sind häufig nicht rational, sondern wert- und moralbasiert. Dies ist durchaus erwünscht, doch sollten Individuen sich dessen bewusst sein und reflektiert entscheiden können. Dazu gehört vor allem auch die Fähigkeit, einen Perspektivenwechsel vorzunehmen.

Kommunikation

Politik beruht neben medialer Kommunikation auch auf persönlicher Kommunikation. Dazu gehört unter anderem politische Gespräche im sozialen Umfeld zu führen, um sich zu informieren oder jemanden zu überzeugen, als auch in der Lage zu sein, selber über mediale Kanäle zu kommunizieren, sei dies über schriftliche oder Ton- und Bildbeiträge in privaten oder sozialen Medien.

3.3 Politische Einstellung

Einstellungen sind erworbene Orientierungen gegenüber Personen, Gruppen oder Objekten, welche politisches und soziales Handeln beeinflussen. Im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Phänomenen gibt es hierbei selten ein objektives «Richtig» und «Falsch». Die politische Bildung soll den Individuen ermöglichen, ein eigenes Set an Einstellungen und Werten zu erwerben. Dazu gehört auch der Willen, sich mit der Gesellschaft und Politik auseinanderzusetzen. Wir unterscheiden in unserem Modell drei Facetten der politischen Einstellungen:

Interesse & Motivation

Ohne Partizipation können Demokratien nicht überleben, weshalb es wichtig ist, dass die Individuen motiviert sind, an der Gesellschaft teilzuhaben. Dies geschieht jedoch nicht von allein und muss gefördert werden. Dazu gehört vor allem, ein gewisses Interesse an der Politik zu wecken. Zu häufig sind Lernangebote in der Politik jedoch trockene Veranstaltungen, weshalb es umso wichtiger ist, interessante Alternativen zu bieten, welche auch politisch marginalisierte Gruppen zur Partizipation motivieren.

Systemorientierung

Die politische Kulturforschung geht seit ihren Ursprüngen davon aus, dass eine Grundvoraussetzung für das Überleben einer Demokratie, deren Akzeptanz in der Bevölkerung ist. Wenn Staatsbürger*innen demokratische Grundprozesse und Regeln akzeptieren und Vertrauen ins System haben, können Demokratien überleben.

Individualebene

Neben den klassischen, individuellen politischen Einstellungen wie «links-rechts» oder «liberal-konservativ», welche typischerweise im Parteiensystem abgebildet sind, kommen hier weitere persönliche Einstellungen und Werte hinzu, welche die Partizipation beeinflussen und als «Masseneinstellungen» systemrelevant sind. So konnten Inglehard und Welzel^{22,23} aufzeigen, dass in erfolgreichen Demokratien die sogenannten «emanzipatorischen» Einstellungen weit verbreitet sind. Sie schliessen daraus, dass eine Förderung dieser Prädispositionen für die Stabilität eines demokratischen Systems förderlich sein könnte.

Gesamtgesellschaftlich kann ähnliches beobachtet werden. So ist in den Sozialwissenschaften kaum mehr umstritten, dass die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, beispielsweise in Vereinen, Clubs, Chören etc. zu Sozialkapital führt. Dieses ist wiederum stark mit der institutionellen Leistungsfähigkeit einer Demokratie korreliert.²⁴

4. Politische Bildung in der Schweiz

Ein Grossteil der Kompetenzen der politischen Bildung werden nicht in einer Bildungseinrichtung erlangt, sondern im alltäglichen, lebenslangen Lernen. Grundsätzlich unterscheidet man zwischen:

Formale Bildung

Sie findet in einer staatlich anerkannten Bildungsinstitution statt. Das Lernen geschieht in einem strukturierten und organisierten Umfeld, in welchem verschiedene Fachbereiche abgedeckt werden. Der Lernerfolg wird anhand klar definierter Lernziele gemessen und meistens ausgezeichnet (Diplome, Zertifikate etc.).

Non-formale Bildung

Wird im Deutschen häufig als ausserschulische Bildung bezeichnet und bezieht sich auf das Lernen ausserhalb des staatlichen Bildungssystems. Der Besuch dieser Angebote ist freiwillig. Das Lernen ist zielgerichtet, jedoch häufig weniger akademisiert und deckt ein weites Feld persönlicher und sozialer Bereiche ab.

Informelle Bildung

Findet meist in «alltäglichen» Situationen statt, ist also nicht zielgerichtet und häufig ein «Nebenprodukt». Bezüglich Lerninhalte, Lernzeitpunkt und Lernunterstützung sind informelle

Bildungsangebote nicht klar strukturiert. Lernen geschieht interessengeleitet und selbstgesteuert und findet lebenslang statt.

Die formale politische Bildung war in der Schweiz lange fast inexistent. Dies hat Konsequenzen für die Forschung auf diesem Gebiet. Bis auf wenige Ausnahmen gibt es an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten kaum Lehrstühle, welche sich der Thematik annehmen. Angesichts der Irrelevanz des Faches in der Schule, Lehrerbildung und Forschung, erstaunt es nicht, dass bisher wenig über den Stand der politischen Bildung in der Schweiz bekannt ist.

4.1 Forschung zur Politischen Bildung in der Schweiz

Die wenige Forschung in der Schweiz auf dem Gebiet nimmt sich dem Thema aus einer didaktisch-theoretischen Perspektive an, welche entweder aus philosophischer Sicht versucht, den Nutzen des politischen Unterrichts zu beschreiben oder den Stand der Dinge analytisch-deskriptiv darstellt.²⁵ Ausserdem kann festgestellt werden, dass es verschiedene Publikationen gibt, welche Vorschläge zur Verbesserung des Unterrichts ausarbeiten. Dies geschieht jedoch nur auf einer theoretischen Ebene, ohne dass die Verbesserungen implementiert oder deren Auswirkungen analysiert werden.

In der Tat existieren kaum empirische Studien zur Wirksamkeit verschiedener Lern- und Lehrmethoden oder einzelner Angebote in der politischen Bildung. Dies ist jedoch nicht ein auf die Schweiz beschränktes Problem. Ein Grund dafür ist, dass der Nachweis eines Lernerfolgs in der politischen Bildung aus mindestens zwei Gründen relativ schwierig ist. Leistungsüberprüfungen sind da einfach, wo deklaratives Wissen abgefragt wird. Dies ist beispielsweise bei Mathematik oder Sprachen relativ unkompliziert. Die Lernziele der politischen Bildung gehen jedoch weiter als reines Wissen. Zweitens spielt die Zeit einen entscheidenden Faktor. Selbst nach Einführung des PER und des LP 21 sind an sich keine fixen Wochenlektionen für das Fach vorgesehen, da die politische Bildung in verschiedenen Fächern abgedeckt wird.²⁶ Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass allerhöchstens eine Lektion pro Woche dafür verwendet wird. Ausserschulische Projekte dauern im Regelfall höchstens einen Tag, oft auch nur ein paar Stunden. Da Lernprozesse mehrere Jahre dauern können, ist es oft nicht möglich, nach so kurzer Zeit mittels eines Tests einen Lernerfolg sichtbar zu machen.

An politischer Bildung geforscht wird am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA, Teil der PH FHNW), wo hauptsächlich zum schulischen Unterricht geforscht wird und am Lehrstuhl für Allgemeine Erziehungswissenschaft (Universität Zürich) unter Roland Reichenbach, der sich mit philosophischen Fragen über den Nutzen politischen Unterrichts auseinandersetzt. In der Westschweiz wird in Lausanne an der HEP Vaud (Unité en Didactique de l'éducation à la citoyenneté) und der Universität Genf (Équipe de didactique de l'histoire et de la citoyenneté) im Fach geforscht. Ausserdem existiert am der PH Luzern das Zentrum Menschenrechtsbildung (ZMRB). Zu nennen sind ausserdem die Universität Fribourg, wo die beiden Internationalen CIVED (1999) und ICCS (2009) Studien in der Schweiz betreut wurden. Zwei Mitautoren arbeiten mittlerweile jedoch nicht mehr an der Universität Fribourg. Fritz Oser wurde emeritiert und Horst Biedermann ist mittlerweile Rektor der PH St. Gallen.

Forschung zur politischen Bildung in der Schweiz wird hauptsächlich aus didaktisch-theoretischer Perspektive angegangen. Auffallend ist, dass es abgesehen von den beiden Internationalen CIVED und ICCS Studien kaum empirische Forschung zur politischen Bildung in der Schweiz gibt. Dies hat zur Folge, dass es keine Information darüber gibt, ob und wie sich politische Bildung auf die politischen Kompetenzen auswirken.

Auffallend ist zudem, dass die Politikwissenschaft die politische Bildung kaum aufgreift, obwohl die Schule von vielen Autor*innen als wichtiger Sozialisierungsagent für politische Partizipation angesehen wird.²⁵ Dies ist jedoch nicht nur in der Schweiz der Fall, sondern gilt generell

auch international.²⁷ Eine Ausnahme bildet der Lehrstuhl von Isabelle Stadelmann-Steffen (Universität Bern), an welchem verschiedentlich politikwissenschaftliche Publikationen zur politischen Bildung entstanden sind. In diesen wird zumeist quantitativ gearbeitet, was einen raren empirischen Einblick in die politische Bildung der Schweiz ermöglicht.

4.2 Zum Stand der politischen Bildung der Bevölkerung

Die wenigen wissenschaftlichen Arbeiten zur Wirksamkeit der politischen Bildung malen jedoch ein düsteres Bild. So scheint sich langsam zu konkretisieren, dass die Teilnahme am politischen Unterricht in Schweizer Schulen kaum Auswirkungen auf das Partizipationsverhalten von jungen Erwachsenen hat und sich teilweise sogar partizipationshemmend auswirkt. Ebenfalls scheint die Rolle der Lehrpersonen relativ unbedeutend zu sein.²⁵ Ähnliches ist aus dem internationalen Kontext bekannt. So gibt es beispielsweise starke Indizien dafür, dass sich das Fach politische Bildung nicht positiv auf die politischen Kompetenzen von Jugendlichen auswirkt: Schüler*innen in Ländern mit dem obligatorischen Fach im Lehrplan schneiden nicht besser ab, als diejenigen welche das Fach nicht besuchen.²⁸ Das zielgerichtete Unterrichten in einem eigenen Fach führt also nicht unbedingt dazu, dass die politischen Kompetenzen der Jugendlichen zunehmen.

Die Schweiz hat an den zwei internationalen Studien in den Jahren 1999 (CIVED) und 2009 (ICCS) teilgenommen, welche die Kompetenzen von 15-jährigen Jugendlichen in der politischen Bildung in verschiedenen Ländern erhoben haben. Aufgrund dieser wenigen internationalen Studien, an denen die Schweiz bisher teilgenommen hat, kann geschlossen werden, dass die politische Bildung der Schweizer Jugendlichen lückenhaft ist. In der Untersuchung 1999 fand sich die Schweiz im untersten Mittelfeld, im internationalen Vergleich schnitten die Jugendlichen unterdurchschnittlich ab.²⁹

Das schlechte Abschneiden der Jugendlichen in der Studie von 1999 erzeugte eine kleine Welle der Empörung in den Medien,³⁰ da allgemein davon ausgegangen worden war, dass das Schweizer Schulsystem besser abschneiden würde. Jedoch zeigte sich, dass vor allem das politische Wissen von Jugendlichen mangelhaft war. Die Kenntnisse der Schlüsselkonzepte von Politik wie Demokratie, Rechte und Institutionen waren zu einem grossen Teil ungenügend.

Die Analyse zeigte zudem auf, dass das Interesse der Jugendlichen an Politik grundsätzlich tief und im internationalen Vergleich wiederum unterdurchschnittlich war.³⁰ Interesse an Politik ist eine wichtige Voraussetzung für politische Partizipation. Anscheinend wird die tiefe Bereitschaft zur Partizipation nicht erst im Erwachsenenalter entwickelt, sondern tritt bereits im jugendlichen Alter auf. Darauf weist auch der Umstand hin, dass bereits in jugendlichem Alter ein Drittel der Befragten angegeben haben, dass sie nicht vorhaben, an Wahlen oder Abstimmungen teilzunehmen, wenn sie erwachsen sind.

Die Ergebnisse der zweiten Welle im Jahr 2009 verursachten nicht mehr das gleiche Medienecho. In der Tat waren die Schweizer Jugendliche im europäischen Vergleich nun sogar vorne mit dabei.^{31,32} Eine bis dahin wenig beachtete Erkenntnis rückte jedoch in den Fokus der Aufmerksamkeit. Es stellte sich heraus, dass die Performanz von gut einem Viertel der Schüler schlecht war, was im internationalen Vergleich indes auch kein sonderlich auffälliges Merkmal ist. Augenfällig ist jedoch, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders gefährdet waren, bei den Erhebungen unterdurchschnittlich abzuschneiden. Dies konnte in anderen Studien repliziert werden.

4.3 Die Rolle von Politischen Stiftungen

Parteinahе Stiftungen, welche sich der politischen Bildung verschrieben haben, sind bisher in der Schweiz noch nicht in Erscheinung getreten. In Deutschland gehören politische Stiftungen jedoch schon seit Ende des zweiten Weltkrieges zu den wichtigsten Akteuren in der politi-

schen Bildung.³³ Jede dieser Institutionen – die meisten sind rechtlich gesehen gar keine Stiftungen, sondern Vereine³⁴ – stehen einer im Bundestag vertretenen Partei nahe. Die Stiftungen haben verschiedene Aufgabenfelder wie die Studienförderung durch Stipendien als auch Forschungstätigkeiten, ihr Kernbereich ist aber explizit die politische Bildung.

Für ihre Tätigkeiten bekommen die Stiftungen öffentliche Zuwendungen. Im Jahr 2017 bekamen die damals sechs Stiftungen (die AfD-Nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung war damals noch nicht antragsberechtigt) 581 Millionen Euro an staatlichen Beiträgen.³⁵ Hinzu kommen jährliche Zuwendungen aus den Lotteriegesellschaften und der Europäischen Union in Millionenhöhe. Dabei ist anzumerken, dass die Gelder im Verhältnis zu Grösse der Partei im Bundestag ausgeschüttet werden: je mehr Abgeordnete die Partei hat, desto höher die Beiträge.

Insgesamt beschäftigen die politischen Stiftungen weltweit 2.000 Angestellte und unterhalten fast 300 Vertretungen und Büros im Ausland. So haben die Konrad Adenauer-Stiftung (KAS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) je über 100 Auslandsbüros, unter anderem haben beide ein Büro in Genf.

Auf die Reichweite der Stiftungen zu schliessen ist nicht möglich, jedoch schätzen die Stiftungen, dass im Jahr 2011 über 700'000 Teilnehmende an rund 12'000 Veranstaltungen teilgenommen hatten.³⁶

Obwohl die einzelnen Stiftungen jeweils einer politischen Partei nahestehen, gilt der Grundsatz, dass deren Veranstaltungen für alle Personen, unabhängig ihrer politischen Einstellungen, offen sind. In der Tat fällt auf, dass ein Grossteil der Veranstaltungen Themen aufgreifen, welche nicht von parteilichen Interessen geleitet werden, sondern von den meisten Parteien als relevant erachtet werden. Dazu gehören Fragen zur europäischen Solidarität oder Informationskompetenzen zur Identifikation von Fake News.

5. Methodisches Vorgehen

5.1 Identifikation der Akteure

Um die aktuelle Bildungslandschaft der politischen Bildung in der Schweiz darzustellen, wurden 100 Bildungsprojekte identifiziert, welche diese umfassend – jedoch nicht repräsentativ – abbilden. Es wurde darauf geachtet, dass die Projekte unterschiedliche Methoden, Sprachregionen, Partizipationsziele, Zielgruppen, Themen, Organisationsstrukturen und Finanzierungsformen beinhalten.

Da die Anny-Klawa-Morf-Stiftung ihre Rolle insbesondere in der non-formalen Bildung sieht, liegt in dieser Studie der Fokus auf diesem Bereich. Es werden vornehmlich Projekte berücksichtigt, die Aktivitäten anbieten, welche zielgerichtet zu Partizipation und zum Erlangen politischer Kompetenzen hinführen, jedoch ausserhalb des öffentlichen Bildungssystems stattfinden.

Demnach wurden Aktivitäten, deren Teilnahmen politisch motiviert sind, wie beispielsweise eine Mitgliedschaft in einer Partei oder einer Bewegung wie den «Klimastreiks» oder der «Operation Libero», nicht in die Studie aufgenommen. Obwohl diese Aktivitäten unbestritten einen wertvollen Einfluss auf die politische Bildung der Teilnehmenden haben, gehört diese Gruppe von Aktivitäten eher zur informellen Bildung. Relevant für die Aufnahme in die Liste war die Verankerung einer klaren und zielgerichteter Bildungsabsicht.

Bei gewissen Akteuren gäbe es zahlreiche Beispiele, so dass eines stellvertretend für eine Vielzahl von Angeboten ausgewählt wurde. So dient beispielsweise das Angebot von «Alliance Sud» stellvertretend für Aktivitäten von NGOs oder das Landesmuseum Zürich für eine Vielzahl von Museen, die Politik und Geschichte thematisieren, wodurch sie einen wichtigen Beitrag für

die politische Bildung leisten. Die Jugendparlamente wurden zudem zusammengefasst durch das Angebot «youpa».

5.2 Auswahl der Indikatoren

Um die Eigenschaften der 100 berücksichtigten Angebote zu analysieren und somit ein umfangreiches Bild der ausserschulischen Landschaft der politischen Bildung zeichnen zu können, wurden Informationen in Form von verschiedenen Indikatoren zusammengetragen, welche für das Projektteam als wichtig zum Verständnis der politischen Bildung gelten. Die Informationen zu den einzelnen Indikatoren stammen sowohl von den Online-Auftritten der Organisationen als auch von persönlichen Kenntnissen über die Akteure von Mitarbeiterinnen des Campus für Demokratie sowie aus der subjektiven Einschätzung des Projektteams.

Die untersuchten Indikatoren können grob in drei Gruppen eingeteilt werden: Organisationsstruktur, Zielgruppe und Reichweite und inhaltliche Merkmale des Angebotes.

Organisation der Akteure

Trägerschaft

Die Träger der politischen Bildungsangebote sind, wie diskutiert, divers. Klar dazu gehören Lehrpersonen und Jugendarbeit. Aber auch Forschungsinstitute, Volkshochschulen, Jugendkommissionen auf Gemeindeebenen, Stiftungen oder private Organisationen sind zu nennen.

Finanzierung

Die Finanzierung von Projekten ist erfahrungsgemäss eine der grössten Herausforderungen, um Projekte durchführen zu können. Für einen Grossteil der Finanzierung von Organisationen kommen entweder private Stiftungen oder der Staat auf. Stiftungen sind in der Praxis jedoch oftmals nur bereit, eine Anschubs-Finanzierung zu leisten. Danach sollen sich die Projekte «selber tragen». In der politischen Bildung würde dies in den meisten Fällen bedeuten, dass die Einnahmen über Gebühren von den Teilnehmenden generiert werden sollen. Dies hat den entscheidenden Nachteil, dass insbesondere für marginalisierte Gruppen unnötige Hürden für die Teilnahme aufgestellt werden. Die Beschreibung der Akteurs-Organisation umfasst deshalb auch die Finanzierung des Angebots. Für die langfristige Wirkung der Angebote sind Verstärkungs-Strategien relevant. Dazu gehört beispielsweise eine langfristige Finanzierung.

Angestellte

Die Angebote der politischen Bildung werden durch unterschiedliche Akteure angeboten, welche personell divers aufgestellt sind und von reinen Freiwilligenprojekten bis zu Angeboten mit vielen Angestellten reichen.

Vernetzung

Netzwerke sind für die Weiterentwicklung von Projekt-Ideen, den Wissens- und Erfahrungsaustausch und für die Nutzung von Synergien wichtig. Durch die Vernetzung können die Qualität und die Reichweite von Projekten gesteigert werden. Zudem können durch sinnvolle Interessensgemeinschaften die Förderung und Verankerung von Themenbereichen vorangetrieben und Herausforderungen gemeinsam angegangen werden. Dies bedeutet, dass die Angebote in spezifischen Netzwerken eingebettet sind und dies so auf der Webseite vermerkt ist (meist unter «Partnerschaften»). Einige wichtige Netzwerke werden im Anhang auf S. 32 beschrieben.

Zielgruppen und Reichweite

Alter

Auch die politische Bildung hat einen Anspruch auf ein lebenslanges Lernen, da die wenigsten das Ziel der politischen Mündigkeit mit der Volljährigkeit erlangen. Deshalb sollte es für alle Zielgruppen Angebote geben, die sie ansprechen.

Kosten und Anmeldung

Insbesondere für das Erreichen von Personen aus bildungsfernem Hintergrund ist es wichtig, dass der Zugang einfach ist. Diese Niederschwelligkeit kann beispielsweise gewährleistet werden, wenn die Anmeldehürden nicht zu gross sind, das heisst Kosten, Mitgliedschaft oder wie der Zugang zum Programm organisiert wird.

Stimm- und Wahlrecht

Rund ein Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung hat kein Bürgerrecht und somit auch kein Stimm- und Wahlrecht. Bei der Betrachtung der Partizipationsziele wird klar, dass politische Mitwirkung dies auch nicht bei jeder Partizipationsform verlangt. Dies zu vermitteln und Angebote für alle zugänglich zu machen, ist ein weiterer wichtiger Aspekt der politischen Bildung.

Sprachregion und räumliche Gliederung

In einem Land mit vier offiziellen Landesprachen kann die Sprache eine Hürde für den Zugang zu den Angeboten darstellen. Dies nur schon aufgrund der Tatsache, dass viele Personen keiner zweiten Amtssprache auf dem Niveau mächtig sind, um an einer Bildungsveranstaltung teilzunehmen. Auch für die Anbietenden stellt die Mehrsprachigkeit eine Hürde dar. Allein die Übersetzung von Materialien kann zu hohen finanziellen Aufwendungen führen. Die gleichen Argumente führen auch zur Erfassung eines Indikators zur Bestimmung ob ein Angebot vor allem im urbanen Raum oder in einer ländlichen Umgebung angeboten wird.

Sozioökonomischer Status

Eine Herausforderung non-formaler Projekte ist die Gefahr von Eliteförderung, obwohl «in der Literatur ein Konsens über den positiven Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und dem Erwerb von Civic Skills» herrscht.²⁵ Freiwillige Projekte ziehen tendenziell bereits politisch interessierte Personen an. Entsprechend werden hier jene gefördert, welche am wenigsten Förderung nötig hätten. So zeigen die Daten des Dachverbands für Jugendparlamente DSJ, dass hauptsächlich Jugendliche aus Gymnasien und Hochschulen erreicht werden. Jene zwei Drittel der Jugendlichen mit Berufslehre sind mit 8% der Teilnehmenden in Jugendparlamenten stark untervertreten. Gemäss den Daten des DSJ zeigt sich auch, dass die Teilnehmenden politisch bereits sehr aktiv sind. So gehört über die Hälfte bereits einer politischen Partei an. Gleichzeitig sind die Jugendparlamente Musterbeispiele für erfolgreiche Projekte, welche Jugendliche über aktive Teilnahme zu politischer Partizipation bewegen.³⁷

Inhaltliche Merkmale

Partizipationsziele

Politische Partizipation kann auf verschiedene Arten erfolgen und unterscheidet sich dementsprechend in der inhaltlichen Auseinandersetzung. Wie oben erwähnt, wird hier mit der Unterscheidung von van Deth¹⁰ gearbeitet, welche von 4 verschiedenen Formen der politischen Partizipation ausgeht.

Kompetenzen

Politische Kompetenz wird in dieser Arbeit als Begriff aus den drei Dimensionen Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen verstanden. Die Dimensionen bestehen aus verschiedenen Facetten, welche unterschiedlich stark ausgeprägt sein können. In der politischen Bildung sollen Kompetenzen Partizipation ermöglichen, um Demokratien zu stützen und es ist deshalb notwendig, sich die unterschiedlichen Kompetenzen anzueignen.

Methoden

Wie oben erwähnt, existieren verschiedene methodologische Zugänge zur politischen Bildung. Dazu kommt, dass kaum empirische Studien zur Wirksamkeit verschiedener Lern- und Lehrmethoden in der politischen Bildung existieren, weshalb zur Beschreibung der inhaltlichen Merkmale die methodischen Zugänge relevant sind.

Themen

Die Themen der politischen Bildung sind vielfältig und bestimmen den Inhalt der Angebote stark. Es ist notwendig, sie für die Analyse der Inhalte zu erfassen.

Information / Aktivierung

In der Schul- und Hochschulpädagogik setzt sich zunehmend die Vorstellung durch, dass Lernen kein passiver Akt der Speicherung von Information ist, sondern ein aktiver Prozess des Informationsaufbaus.³⁸ Dies hat dazu geführt, dass klassische Lehraktivitäten, welche auf reine Informationsvermittlung abzielen, zunehmend durch aktive Lehr- und Lernmethoden abgelöst werden.³⁹ Die Praxis hat gezeigt, dass Informationsveranstaltungen welche versuchen, in kurzer Zeit Wissen zu einem Thema in die Köpfe der Teilnehmenden «hineinzukopieren», selten von Erfolg gekrönt sind. Gleichzeitig macht es jedoch wenig Sinn, Aktivitäten ohne inhaltlichen Kontext durchzuführen. Politische Bildung ist dann erfolgreich, wenn eine optimale Balance zwischen Informationsvermittlung und aktivierender Anwendung gefunden wird.

Wie eingangs erläutert, wurden die Projekte auf Grund ihrer unterschiedlichen Ausprägungen der Indikatoren ausgewählt. Einige Projekte waren einfach zu finden, andere eher schwierig. Um diese Informationen festzuhalten, werden am Ende des Kapitels 6 die wichtigsten Erkenntnisse, die bei der Erstellung der Projektliste auffallend waren, reflektiert und in Form von relevanten Schlüssen dargelegt.

5.3 Kombinierte Analyse der Indikatoren

Die ausgewählten 100 Projekte mit deren unterschiedlich ausgeprägten Indikatoren des vorhergehenden Kapitels erlauben einen Einblick in die Bildungslandschaft der politischen Bildung. In einem weiteren Schritt werden verschiedene Indikatoren miteinander kombiniert, um Aussagen treffen zu können, welche über die reine Beschreibung einzelner Indikatoren hinausgehen. Diese Kombinationen werden im Kapitel 7 ab S. 19 vorgestellt.

In Kapitel 7.2 wird ein Überblick über die Bildungslandschaft mit Einbezug des Erfahrungswissens des Projektteams gegeben. Dazu hat das Projektteam eine Grafik entwickelt in welche Schätzungen in Bezug auf das «Vorkommen von Methoden» sowie auf deren jeweiligen «Informations-» und «Aktivierungspotential» mit einfließen können. So entsteht ein umfassendes Mapping der Angebote in Bezug auf «Methoden», «Themen», «Zielgruppe» und «Information/Aktivierung». Die Grafik soll einen Überblick über die schweizerische Bildungslandschaft ermöglichen. Im nächsten Schritt werden daraus für die Studie relevante Schlüsse abgeleitet.

6. Charakteristik der Angebote

Im Folgenden werden die wichtigsten Eckdaten der erhobenen Daten zu den verschiedenen Akteuren präsentiert, um einen ersten Einblick in die Charakteristika der schweizerischen politischen Bildung zu ermöglichen. Dazu werden in einem ersten Schritt die Organisation der Akteure, die Zielgruppe und Reichweite, sowie inhaltliche Merkmale vorgestellt.

6.1 Organisation der Akteure

Trägerschaft

Von den 100 berücksichtigten Angeboten wird rund ein Viertel von staatlichen Organisationen auf verschiedenen Ebenen getragen, siehe Liste ausschliesslich staatlicher Akteure auf Seite 33. Der Rest wird von Privaten mit unterschiedlichen Organisationsformen getragen.

Finanzierung

Finanzierung: Wer finanziert das Angebot?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Ausschliesslich staatliche Finanzierung	27
Ausschliesslich private Finanzierung	24
Staatliche und private Finanzierung	49

Rund die Hälfte aller Organisationen wird von privaten und staatlichen Quellen gleichzeitig unterstützt. Da rund drei Viertel der Angebote wenigstens zum Teil staatlich finanziert wird, kann also festgehalten werden, dass der Staat einer der wichtigsten Akteure in der non-formalen politischen Bildung ist. Rund ein Viertel der Akteure ist gänzlich unabhängig von staatlicher Finanzierung.

Personelle Ressourcen

Personelle Ressourcen: Wie viele Angestellte arbeiten für das Angebot?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Keine Angestellten	9
1 Person	26
2 – 10 Personen	46
11 – 50 Personen	6
Keine Angaben	14

Sechs der berücksichtigten 100 Akteure haben mehr als 10 Mitarbeiter*innen für das Angebot angestellt. Bei einem Grossteil sind 2–10 Personen angestellt. Zudem sind 26 der 100 Angebote Ein-Frau/Mann-Betriebe und neun haben keine Angestellten, basieren also auf Freiwilligenarbeit. Bei 14 Angeboten konnte nicht genau eruiert werden, wie viele Personen für das Angebot arbeiten.

Vernetzung

Netzwerk: Ist der Akteur Teil eines Netzwerks?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Ja, Teil eines Netzwerks	50
Nein, nicht Teil eines Netzwerks	50

Rund die Hälfte der Organisationen sind Teil eines grösseren Netzwerkes.

6.2 Zielgruppen und Reichweite

Alter

Alter Zielgruppe: Wie alt sind die Teilnehmenden?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Erwachsene	60
Junge Erwachsene	16
Kinder und Jugendliche	24

60 der gewählten Angebote sprechen mehrheitlich Erwachsene an und 16 Angebote richten sich an die primäre Zielgruppe der jungen Erwachsenen.

Kosten und Anmeldung

Kosten: Kostet das Angebot?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Kostenlos	76
Nicht kostenlos	24

Anmeldung: Wie läuft die Anmeldung für dieses Angebot?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Mitgliedschaft	1
Bewerbung	6
Einschreibung	45
Keine, Walk-in	48

Ein Grossteil der Angebote ist kostenlos (76 von 100). Zudem sind fast die Hälfte «Walk-In»-Angebote (48 von 100), bei welchen noch nicht einmal eine Anmeldung erforderlich ist. Bei nur 6 von 100 Angeboten ist eine Bewerbung erforderlich.

Stimm- und Wahlrecht

Stimm- und Wahlrecht: Ist das Angebot an das Stimm- und Wahlrecht gekoppelt?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Für Stimm- und Wahlberechtigte	3
Für Nicht-Stimm- und Wahlberechtigte	12
Nein, kein Unterschied	85

Ein überwiegender Teil der Angebote (85 von 100) spricht Personen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft an und unterstützt «Partizipation als Ziel politischer Bildung». Drei Projekte fokussieren ausschliesslich auf Stimmbürger*innen. Zudem gibt es 12 Projekte, welche sich explizit an «Bürger*innen ohne Stimm- und Wahlrecht» richten.

Sprachregion und räumliche Gliederung

Sprachregion: In welcher Sprache oder Sprachregion steht das Angebot zur Verfügung?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Landessprachen	4
Landessprachen + Englisch	3
Dreisprachig (DE, FR, IT)	17
Dreisprachig (DE, FR, EN)	5
Zweisprachig (DE/FR)	9
Mehrsprachig	2
Englisch	5
Deutschschweiz	32
Romandie	18
Svizzera italiana	5

Die Analyse der sprachlichen Abdeckung zeigt, dass es Projekte für alle Landessprachen (7), drei der vier Landessprachen (23), zweisprachige Angebote (9), sowie Englisch (5) und mehrere (Nicht-Landes-) Sprachen (2) gibt. 32 sind ausschliesslich deutschsprachige Angebote, 18 beschränken sich auf die Romandie und 5 Angebote bedienen die Sprachregion der Svizzera italiana. Spezifisch rätoromanische Angebote fehlen.

Räumliche Gliederung: Wo wird das Angebot durchgeführt?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Ruraler Raum	8
Urbaner Raum	41
Agglomeration	1
Alle Räume	50

Zudem ergab die Datenerhebung, dass die Hälfte der berücksichtigten Projekte ortsunabhängig sind und überall durchgeführt werden. 41 Angebote beschränken sich auf den urbanen Raum und nur acht Organisationen bedienen explizit ländliche Gebiete. Spezifische Angebote für Randregionen gibt es nur vereinzelt, mit 8 Angeboten im ländlichen Raum und einem Angebot in der Agglomeration.

Sozioökonomischer Status**Sozioökonomischer Status: Wird mit dem Angebot eine spezielle Gruppe angesprochen?**

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Ja, Eliten	23
Ja, bildungsferne Gruppen	0
Nein, alle	77

Angebote für «Eliten» sind definiert als Angebote, welche aufgrund der Voraussetzungen (z.B. bereits bestehendes Vorwissen) oder der Angliederung an spezifische, als elitär einzustufende Institutionen (z.B. einer Stiftung oder politische Gremien zur Mitgestaltung) nur von einer sich bereits über politische Bildungsthemen austauschenden Gruppe der Bevölkerung genutzt werden. Mit der Gruppe «bildungsfern» wurden Angebote kategorisiert, welche spezifisch in ihren Programmen angeben, bewusst niederschwellig zu sei (z.B. in Bezug auf die vorausgesetzten Bildungshintergründe bzw. die aktive Einbeziehung von bildungsfernen Gruppen). Entscheidend für die Kategorisierung der Angebote war für das Projektteam jedoch die tatsächliche Nutzung des Angebots – es handelt sich ausdrücklich nicht um eine Bewertung, ob diese Begrenzung auf eine spezifische sozioökonomische Gruppe in Bezug auf die Bildungsabsicht politischer Partizipation notwendig und gut ist.

Die Analyse der 100 Projekte weist darauf hin, dass eher die «Elite» gefördert wird: Es stellt sich heraus, dass fast ein Viertel der Angebote in der Tendenz eher Eliten ansprechen. Keines der Angebote richtet sich explizit an bildungsferne Gruppen.

6.3 Inhaltliche Merkmale**Partizipationsziel****Partizipationsziel: Welches Partizipationsziel verfolgt das Angebot?**

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
1: Minimalistische Definition	15
2: Ziel Regierung/Politik/Staat	26
3: Ziel Probleme oder Gemeinschaft	50
4: Persönliche Motive	9

Die Liste der 100 Angebote deutet darauf hin, dass die Angebote der non-formalen politischen Bildung auf ein Spektrum von Partizipation abzielen: 15 Angebote versuchen traditionelle Formen der Partizipation, also vor allem Wahlen und Abstimmungen, zu fördern. Eine zweite Gruppe von 26 Angeboten spricht hauptsächlich die zweite Form von Partizipation an, welche «aktivistisches» Verhalten wie Demonstrationen begünstigen soll. Die Hälfte der Angebote hat sich die gesellschaftliche Partizipationsform zur Aufgabe gemacht. Die kleinste Gruppe von nur

9 Angeboten fokussiert sich auf die individualisierte Form von Partizipation, die beispielsweise Boykotte und politischen Konsum beinhaltet.

Kompetenzen

Kompetenzen: Welchen Kompetenzen fördert das Angebot?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Einstellungen (Attitudes)	27
Wissen (Knowledge)	38
Fähigkeiten (Skills)	35

Die drei verschiedenen Kompetenzdimensionen werden durch die 100 Angebote etwa gleich abgedeckt. Einzig die Wissensdimension ist leicht übervertreten.

Methoden

Die methodischen Vorgehensweisen der 100 berücksichtigten Angebote sind divers. Insgesamt konnten 13 verschiedene methodische Zugänge verzeichnet werden, die im Anhang in Absatz 10.1 auf S. 30 detailliert beschrieben sind.

Themen

Thema: Welches Thema wird behandelt?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Aktualität	19
Forschung	4
Frieden	3
Gemeinde	13
Ideen	13
Menschenrechte	12
Politisches System	21
Mitsprache	15

Ähnlich wie bei den Methoden kann festgestellt werden, dass eine Vielzahl von verschiedenen Themenfeldern durch die bestehenden Angebote der non-formalen politischen Bildung abgedeckt werden. Diese werden wiederum im Anhang in Absatz 10.2 auf S. 33 detailliert erläutert.

Information / Aktivierung

Aktivierung / Information: Was strebt das Angebot an?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Aktivierung	65
Information	35

Die 100 beschriebenen Angebote sind zu rund zwei Dritteln aktivierende Angebote und zu einem Drittel reine Informationsangebote.

6.4 Reflexion zur Erstellung der Liste

Ziel der Projektliste war es, ein möglichst vielfältiges Bild der non-formalen politischen Bildung in der Schweiz abzubilden. Der Fokus wurde dabei auf Projekte für Erwachsene gelegt. Gewisse Aktivitäten waren dabei bei der Datenerhebung relativ einfach zu finden, andere bedurften einer aufwendigen Recherche. Um diese Informationen abzubilden, werden in diesem Kapitel relevante Schlussfolgerungen festgehalten.

Trotz einer bewusst vertieften Suche nach Angeboten für Erwachsene finden sich Projekte der politischen Bildung im non-formellen Bereich für Kinder und Jugendliche bzw. junge Erwachsene einfacher. Angebote für Erwachsene werden dagegen oftmals im informellen Be-

reich verortet. Diese Angebote finden oft einmalig oder beispielsweise anlässlich einer spezifischen Wahl/Abstimmung statt. Dazu gehören zum Beispiel Podiumsdiskussionen.

! Es gibt wenige aktivierende Angebote im Non-formalen Bereich für die Zielgruppe «Erwachsene». Für ein lebenslanges Lernen ist es wichtig für alle Zielgruppen ansprechende Angebote zu haben.

Bei der Durchsicht der Webseiten fiel auf, dass einzelne Angebote den niederschweligen und breiten Zugang für Interessierte nicht nur durch das Angebot selbst gewährleisten, sondern auch aufgrund der Gestaltung der Webseiten fördern oder verhindern. Positive Beispiele dafür sind Möglichkeiten zur «einfachen Sprache» oder direkt ersichtliche Wechsel auf andere Sprachen. Hürden bieten hingegen Webseiten mit komplizierten Formulierungen zum Angebot, fehlenden Kontaktmöglichkeiten oder unklaren Kosten. Für bildungsferne Gruppen wurden erfolglos nach Angeboten gesucht. Projekte, welche eher elitäre Gruppen ansprechen, waren im Gegensatz dazu einfach zu finden.

! Obwohl viele Angebote allen Zielgruppen offenstehen, werden Menschen mit «bildungsfernem Hintergrund» nicht direkt angesprochen. Dabei haben Personen mit bildungsfernem Hintergrund einen höheren Bedarf an politischer Bildung.

Des Weiteren spielt auch die geographische Abdeckung eine wichtige Rolle, denn politische Bildung sollte nicht nur im urbanen Raum geschehen. Hier ist zu bemerken, dass keine explizit rätoromanischen Angebote gefunden wurden und für die Svizzera italiana wurden praktisch alle existierenden Angebote aufgelistet. Zudem mussten auch die Projekte aus dem ländlichen Raum stärker gesucht werden als die städtischen Projekte.

! Zielgruppen in Randregionen profitieren tendenziell von weniger Angeboten. Die politische Bildung sollte unabhängig vom Wohnort und Sprache zugänglich sein.

7. Kombinerende Analysen

Die ausgewählten 100 Projekte erlauben einen Einblick in die Bildungslandschaft der politischen Bildung. Wie bereits beschrieben, kann die Kombination verschiedener Indikatoren auf Tendenzen hinweisen, welche für die politische Bildungslandschaft relevant und interessant sind.

Im Folgenden werden in Kapitel 7.1 Resultate zur Darstellung von Angebotslücken oder Herausforderungen miteinander kombiniert. In Kapitel 7.2 entwickelte das Projektteam ein Mapping der Angebote, welches Schätzungen in Bezug auf das «Vorkommen von Methoden» sowie auf deren jeweiligen «Informations-» und «Aktivierungspotential» enthält. Die Grafik soll einen Überblick über die schweizerische Bildungslandschaft der politischen Bildung ermöglichen.

7.1 Kombination der Indikatoren

Fragen der Finanzierung

Die Analyse der 100 Angebote zeigte auf, dass alle 26 nur staatlich finanzierte Projekte einen Träger der öffentlichen Hand haben, wie auf der Liste ausschliesslich staatlicher Akteure auf Seite 33 ersichtlich ist. Diese Projekte werden von Mitarbeitenden der öffentlichen Hand durchgeführt – von Bundesangestellten, Angestellten der Staatskanzleien oder auf kommunaler Ebene.

- ! Nicht-staatliche Akteure müssen sich zusätzliche finanzielle Mittel suchen, um ihre Projekte langfristig zu finanzieren. Auf Grund der Philosophie von Stiftungen, die häufig nur eine Anschubsfinanzierung leisten, stellt das für viele Akteure ein Problem dar. Betrachtet man jedoch die Finanzierung von freiwilligen Projekten (Angebote ohne Angestellte) fällt auf, dass zwei Drittel ausschliesslich privat finanziert werden (Tabelle 1).
- ! Für kleinere Projekte ist es tendenziell schwieriger, an staatliche Fördergelder zu kommen. Erst ab einer gewissen Grösse scheint eine staatliche Förderung möglich.

	Finanzierung			
Anzahl Angestellte Angebot	Ausschliesslich staatlich	Ausschliesslich privat	Staatlich und privat	Total
0	1	6	2	9
1	8	8	10	26
2-10	11	10	25	46
11-50	4	0	1	5
Keine Angaben	3	0	11	14
Total	27	24	49	100

Tabelle 1: Kombination Anzahl Angestellte Angebot / Finanzierung

Vernetzung

Die Finanzierungsquellen scheinen ebenfalls einen Einfluss auf die Vernetzung der Akteure zu haben. So wird aus Tabelle 2 ersichtlich, dass von den 26 ausschliesslich staatlich finanzierten Angeboten nur fünf Projekte Teil eines grösseren Netzwerkes sind.

- ! Staatliche Vollfinanzierung führt tendenziell dazu, dass auf eine Vernetzung verzichtet wird. Durch Vernetzung kann Qualität und Reichweite von Projekten gesteigert werden.

	Netzwerk		
Finanzierung	Nicht Teil eines Netzwerkes	Teil eines Netzwerkes	Total
Staatlich und privat	16	34	50
Ausschliesslich privat	13	11	24
Ausschliesslich staatlich	21	5	26
Total	50	50	100

Tabelle 2: Kombination Finanzierung / Netzwerk

Aus Tabelle 3 wird ersichtlich, dass von sechs rein ehrenamtlich organisierten Angeboten, nur zwei in einem Netzwerk organisiert sind. Beides sind Angebote von Jugendparlamenten. Angebote als Teil eines Netzwerks haben hingegen eine mittlere Teamgrösse zwischen 2–10 und 11–50 Angestellten.

! Akteure ohne Angestellte sind tendenziell weniger vernetzt als professionalisierte Angebote. Durch Vernetzung kann die Qualität und Reichweite von Projekten gesteigert werden.

Anzahl Angestellte Angebot	Netzwerk		Total
	Nicht Teil eines Netzwerks	Teil eines Netzwerks	
0	4	2	6
1	5	2	7
2–10	16	22	38
11–50	10	13	23
>50	10	3	13
Keine Angaben	5	8	13
Total	50	50	100

Tabelle 3: Kombination Anzahl Angestellte Angebot / Netzwerk

Kompetenzförderung nach Altersgruppe

Wie beschrieben können Kompetenzen der politischen Bildung in die Dimensionen Wissen, Einstellungen und Fähigkeiten unterteilt werden. Obwohl Wissen eine wichtige Dimension der politischen Kompetenz ist, hat sich die moderne politische Bildung von der reinen Wissensvermittlung distanziert und erkannt, dass Einstellungen und Fähigkeiten ebenso wichtige Aspekte sind. Diese Entwicklung scheint sich jedoch im non-formalen politischen Bildungssektor der Schweiz noch nicht zu manifestieren. So zeigen die 100 Angebote in Tabelle 4, dass je nach Altersgruppe ein Fokus auf verschiedene Kompetenzdimensionen gelegt wird. Von den 60 Projekten, die sich an Erwachsene richten, zielt fast die Hälfte (27) auf die Wissensvermittlung ab. Weiter kann beobachtet werden, dass von 24 Angeboten welche sich explizit an Kinder und junge Erwachsene richten, die grosse Mehrheit die Kompetenzdimension «Fähigkeiten» vermittelt.

Alter Zielgruppe	Kompetenzen			Total
	Wissen	Einstellungen	Fähigkeiten	
Erwachsene	27	19	14	60
Junge Erwachsene	8	3	5	16
Kinder und Jugendliche	3	5	16	24
Total	38	27	35	100

Tabelle 4: Kombination Alter Zielgruppe / Kompetenzen

! Angebote für Erwachsene zielen vermehrt auf Wissensvermittlung. Ein Fokus auf nur eine Kompetenz missachtet die Mehrdimensionalität politischer Kompetenzen.

7.2 Mapping: Übersicht der schweizerischen Bildungslandschaft im Bereich der non-formalen politischen Bildung

Um die Schweizer Projektlandschaft auf einer Grafik abzubilden, wurden Themen bestimmt, welche für das Projektteam und durch die Auftraggebenden definiert wurden.

Die untersuchten Indikatoren «Themen», «Methoden» und «Zielgruppe» wurden mit «Aktivierungs-/Informationspotential» und «Abdeckung in der Schweiz» kombiniert und mit der Einschätzung des Projektteams ergänzt.

Dies ergibt eine «Landkarte» der verschiedenen Angebote in der Schweiz als Mapping.

Um das Mapping zu erstellen, wurde wie folgt vorgegangen:

1. Die 100 untersuchten Projekte liessen sich in 13 verschiedene Methoden einteilen. Die einzelnen Methoden werden detailliert auf Seite 29 im Anhang beschrieben.
2. Diese Methoden wurden nach ihren Anteilen an «Informationsvermittlung» und «Aktivierung» den jeweiligen Koordinaten zugeteilt.

Zur Veranschaulichung dieser ersten zwei Schritte zeigt Abbildung 1 die Einteilung der Methoden im Koordinaten-System.

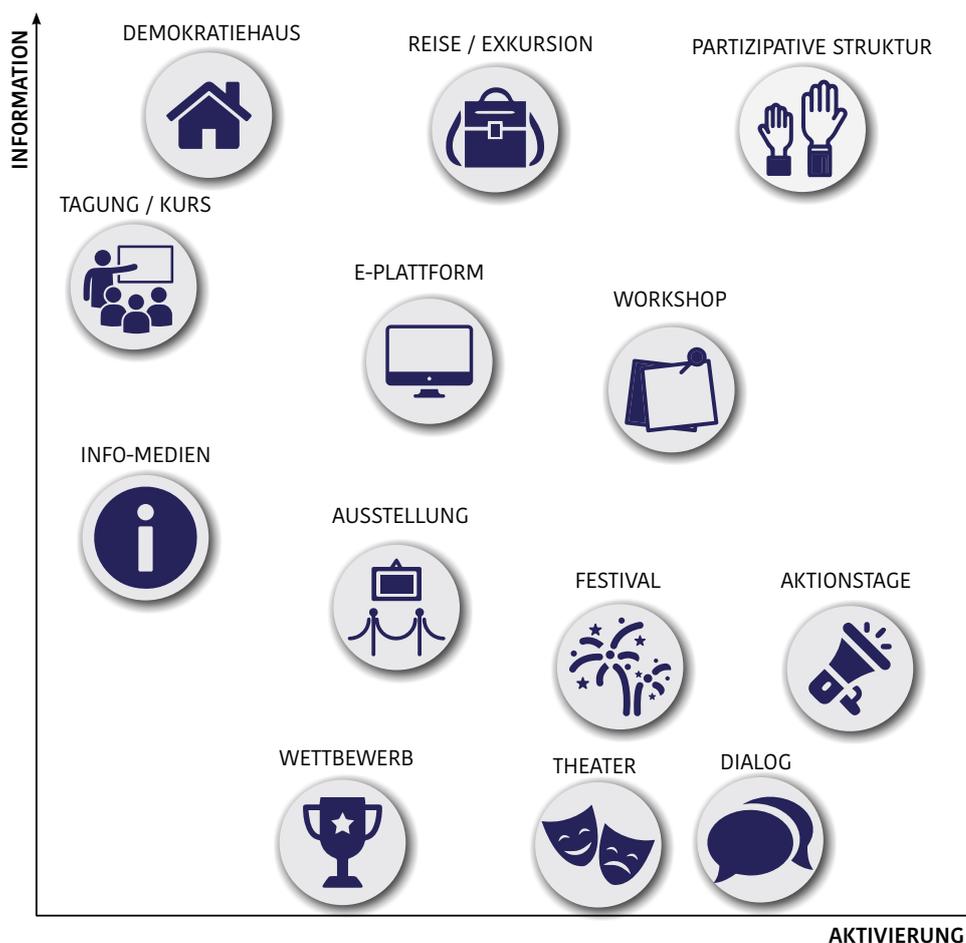


Abbildung 1: Methoden im Koordinatensystem Information-Aktivierung

3. In einem nächsten Schritt wurde untersucht, welche Zielgruppen mit den jeweiligen Methoden angesprochen werden. Die Grösse der Kreise beziehen sich auf das Vorkommen der Angebote in der Schweiz nach Einschätzung des Projektteams. Es werden drei Grössen zugeordnet (gross = viele Angebote, mittel = einige Angebote, klein = nur wenige Angebote).

4. Zuletzt wurden die genannten Themenbereiche, welche durch die Methoden behandelt werden, eingetragen. Eine Beschreibung der Themenbereiche befindet sich auf Seite 31 im Anhang dieses Berichts.

Abbildung 2 dient als Überblick über die Methoden mit den verschiedenen Themenbereichen und Zielgruppen, dargestellt anhand des Potentials des Angebots innerhalb des Koordinatensystems «Information» und «Aktivierung».

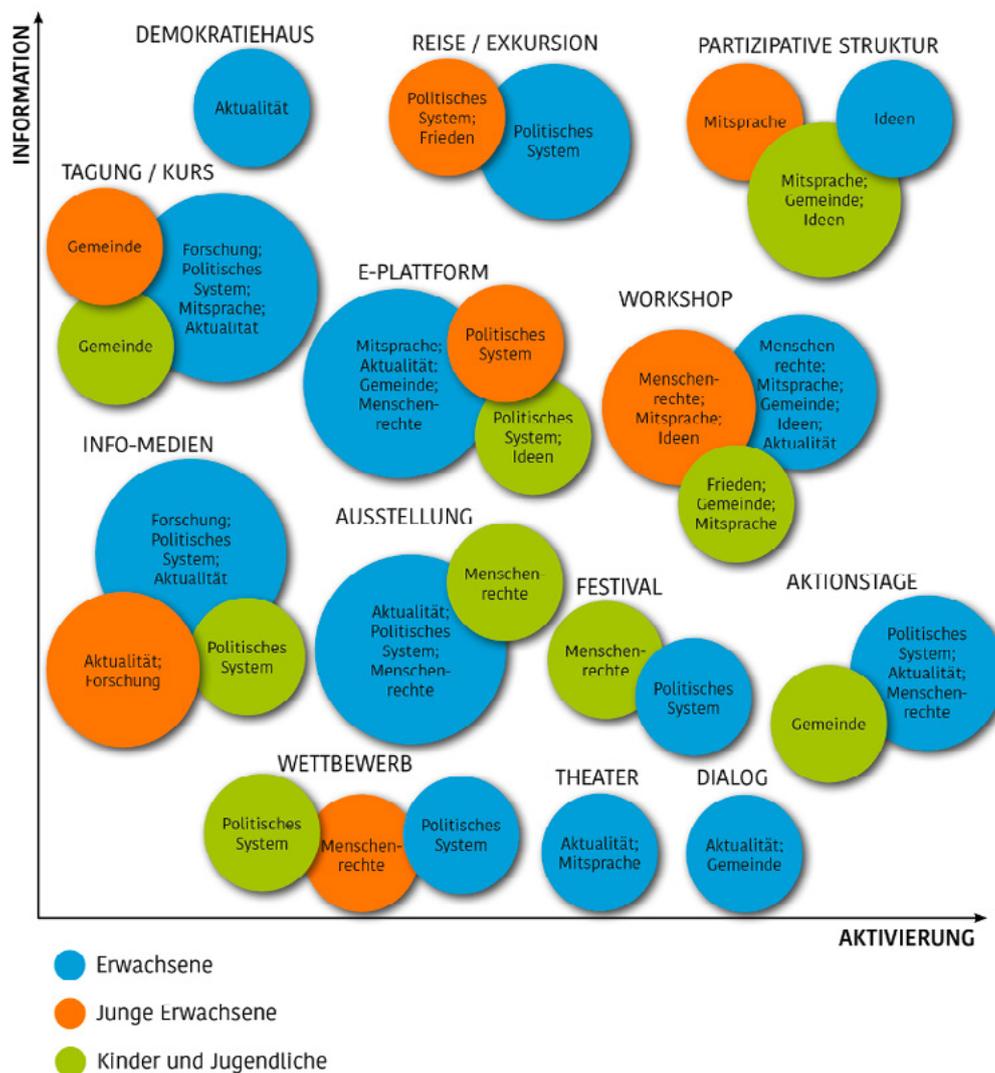


Abbildung 2: Methoden im Koordinatensystem Information-Aktivierung, nach Zielgruppe. Dies ermöglicht Rückschlüsse auf die von den einzelnen Methoden hauptsächlich abgedeckten Themenbereiche, deren Zielgruppe und Wirkungspotential. Aus der Darstellung 5 können viele Informationen gelesen werden, die Schlüsse auf die aktuelle Bildungslandschaft in der Schweiz zulassen.

Folgende für Erkenntnisse erachtet das Projektteam als besonders beachtenswert:

! Methoden wie «Partizipative Struktur», «Workshop», «Aktionstage», «Reise/Exkursion» eignen sich sehr gut, um politische Kompetenzen zu vermitteln, weil diese sowohl einen hohen Informationsgehalt haben als auch aktivierend wirken.

- ! Es gibt bereits sehr viele Angebote für Erwachsene im Bereich «Info-Medien» und «Tagungen/Kurs», welche vor allem Informationen vermitteln und wenig aktivieren.
- ! Es gibt eine Vielzahl an «E-Plattformen», welche interaktives Lernen ermöglichen. Insbesondere für die Zielgruppe Erwachsene ist das Angebot sehr gross.
- ! Die Methoden «Theater», «Dialog» und «Demokratiehaus» werden nur für Erwachsene angeboten.
- ! Die Angebote, die sich an Kinder und Jugendliche behandeln sehr oft das Thema «Politisches System», während «Aktualität» für junge Erwachsene und für Erwachsene angeboten werden.

8. Zusammenfassung der Erkenntnisse

In diesem Kapitel werden die Erkenntnisse aus den Kapiteln 6 und 7 nochmals zusammengefasst und in Gruppen dargestellt.

Folgende Erkenntnisse sind für die Wahl der Zielgruppe von Bedeutung, da folgende Lücken aufgedeckt wurden:

- ! Obwohl viele Angebote allen Zielgruppen offenstehen, werden Menschen mit «bildungsfernem Hintergrund» nicht direkt angesprochen. Personen mit bildungsfernem Hintergrund haben einen höheren Bedarf an politischer Bildung.
- ! Zielgruppen in Randregionen profitieren tendenziell von weniger Angeboten. Die politische Bildung sollte unabhängig von Wohnort und Sprache zugänglich sein.

Folgende Erkenntnis ist für die Wahl der Kompetenzvermittlung relevant, sofern die Zielgruppe «Erwachsene» gewählt wird:

- ! Bestehende Angebote für Erwachsene zielen vermehrt auf Wissensvermittlung. Ein Fokus auf nur eine Kompetenz missachtet die Mehrdimensionalität politischer Kompetenzen.

Folgende Erkenntnisse sind für die Wahl der Methode für ein Angebot relevant:

- ! Methoden wie «Partizipative Struktur», «Workshop», «Aktionstage», «Reise/Exkursion» eignen sich sehr gut, um politische Bildung zu vermitteln, weil diese sowohl einen hohen Informationsgehalt haben als auch aktivierend wirken.
- ! Es gibt bereits sehr viele Angebote für Erwachsene im Bereich «Info-Medien» und «Tagungen/Kurs», welche vor allem Informationen übermitteln und nicht aktivieren.
- ! Es gibt eine Vielzahl an «E-Plattformen», welche interaktives Lernen ermöglichen. Insbesondere für die Zielgruppe Erwachsene ist das Angebot sehr gross.
- ! Die Methoden «Theater», «Dialog» und «Demokratiehaus» werden nur für Erwachsene angeboten.
- ! Die Angebote, die sich an Kinder und Jugendliche richten, behandeln sehr oft das Thema «Politisches System», während «Aktualität» für junge Erwachsene und für Erwachsene angeboten werden.

Folgende Erkenntnisse sind für Aktivitäten einer allgemeinen Förderung der politischen Bildungslandschaft relevant:

- ! Nicht-staatliche Akteure müssen sich zusätzliche finanzielle Mittel suchen, um ihre Projekte langfristig zu finanzieren. Auf Grund der Philosophie von Stiftungen, die häufig nur eine Anschubsfinanzierung leisten, stellt das für viele Akteure ein Problem dar.

- ! Für kleinere Projekte ist es tendenziell schwieriger, an staatliche Fördergelder zu kommen, da erst ab einer gewissen Grösse eine staatliche Förderung möglich ist.
- ! Staatliche Vollfinanzierung führt tendenziell dazu, dass auf eine Vernetzung verzichtet wird. Durch Vernetzung kann die Qualität und Reichweite von Projekten gesteigert werden.

9. Potential für Angebote

Das Projektteam hat auf Grund der Erkenntnisse Empfehlungen für die Landschaft der politischen Bildung abgeleitet, mit welchen welche das Potential der politischen Bildung langfristig ausschöpft werden kann.

- ! Potential für Angebote, die bildungsferne Bevölkerungsschichten ansprechen. Um eine breite Bevölkerungsschicht anzusprechen, sollten Angebote geschaffen und unterstützt werden, welche politisch marginalisierte Gruppen explizit ansprechen. Dazu ist es wichtig, dass die Themen ansprechend sind (Adressatenorientierung) und dass der Zugang niederschwellig ist. Das heisst in einfacher Sprache kommuniziert, kostenlos und mit wenig Anmeldehürden, (keine komplizierten Anmeldeverfahren oder fehlende Kontaktmöglichkeiten).
- ! Potential zur Förderung von Randregionen und Sprachminderheiten. Angebote ausserhalb der urbanen und sprachlichen Zentren sind untervertreten. Die Entstehung und Etablierung von Projekten in ländlichen Gebieten sowie auch in den verschiedenen Sprachregionen ist zu fördern. Diese Förderung kann mit der Schaffung von neuen Projekten, der Skalierung von erfolgreichen Projekten oder auch mit finanzieller Unterstützung geschehen.
- ! Potential für die Kompetenzförderung von Erwachsenen im Bereich der «Fähigkeiten» und «Einstellungen». Die Wissensvermittlung steht bei Angeboten für Erwachsene nach wie vor im Vordergrund. Es gibt fast keine Projekte für Erwachsene, die Fähigkeiten und Einstellungen fördern. Für die Gestaltung von Angeboten empfehlen wir Methoden zu wählen, die aktives Lernen fördern und zudem Informationen vermitteln, wir halten dazu «Partizipative Struktur», «Workshops», «Aktionstage» und «Reise/Exkursion» als besonders geeignet.
- ! Potential für die Einflussnahme zur Schaffung von neuen Finanzierungsquellen. Private Finanzierungsquellen wie Stiftungen sind oftmals nicht bereit, langfristige Fördermittel, die über eine Anschubfinanzierung hinausgehen, zu sprechen. Für die Kontinuität der Projekte und deren Wirkung, ist die Finanzierung jedoch entscheidend. Eine Zusammenarbeit der Anny-Klawa-Morf-Stiftung mit Förderstiftungen oder den Einsatz bei Behörden zur langfristigen Finanzierung von Projekten könnte einen enormen Impact haben.

Abschliessend ist zu bemerken, dass diese vier Empfehlungen auf Grund der Ergebnisse aus den Analysen und der Literaturrecherche, sowie den Einschätzungen des Projektteams zustande gekommen sind. Diese beruhen auf bestehenden Aktivitäten von Organisationen, welche zum Teil sicherlich an einer Zusammenarbeit mit der Anny-Klawa-Morf-Stiftung interessiert wären. Ebenfalls wäre es begrüssenswert, wenn die Stiftung neue Aktivitäten schaffen würde, um der politischen Bildungslandschaft frischen Wind einzuhauchen und so zu einer erhöhten Vielfalt in diesem Bereich beizutragen.

Endnoten

- I Die Kompetenzorientierung ist an sich ein neo-liberales Konzept, welches die Fähigkeiten und Fertigkeiten stärken will, die im beruflichen Leben gebraucht werden können.⁴⁰ Dies beinhaltet hauptsächlich mathematische und sprachliche Bereiche. In der politischen Bildung, welche zu keinem offensichtlichen ökonomischen Nutzen führt, sollen Kompetenzen Partizipation ermöglichen, um Demokratien und dadurch auch das Wirtschaftssystem zu stützen. Andere Fächer, beispielsweise Geschichte, haben allerdings grössere Mühe, ihren gesellschaftlichen oder ökonomischen Nutzen darzulegen.
- II Das mangelhafte akademische Vorgehen wird auch offen zugegeben. Kühberger⁴¹, Professor aus Salzburg, schreibt beispielsweise: «Das hier präsentierte Kompetenzmodell stellt daher ein pragmatisches Modell dar und kein stringent abgesichertes theoretisches». Das Problem ist, dass «pragmatisch» zu schwammigen Modellen führt, welche weder in der Praxis akzeptiert werden, da unverständlich und zudem in der Wissenschaft nicht empirisch verifiziert werden können, da quantitatives Arbeiten auf sauberer theoretischer Vorarbeit beruhen muss.
- III In der deutschsprachigen politischen Bildung wird häufig die «Urteilskompetenz» als eigene vierte Kompetenzdimension (neben Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen) betrachtet.^{14,41} Dieser Umstand ist historisch gewachsen und macht theoretisch wenig Sinn, da Urteilen, Entscheiden, Bewerten, Reflektieren etc. mehr oder weniger kongruent sind⁴². Im internationalen Diskurs spricht man einfach von «decision-making».⁴³
- IV Der Europarat unterscheidet zwischen Werten und Einstellungen.⁹ Hier werden diese als politische Einstellung zusammengefasst, da Werte und Einstellungen in der Kognitionspsychologie sehr ähnliche Konzepte sind.
- V Stiftungen welche einzelnen Parteien, Gewerkschaften oder ähnlichen Organisationen nahestehen, gibt es viele (z.B. die SVP-Nahe "Stiftung für bürgerliche Politik»). In der Schweiz gab es bisher (ausser der Anny Klawa-Morf-Stiftung) keine parteinahe Stiftung, welche sich explizit der politischen Bildung verschrieben hat. Die bisher bestehenden politischen Stiftungen betreiben keine zielgerichtete politische Bildung, sondern haben ein klar politisches Ziel, wie z.B. «die finanzielle Unterstützung der SVP.
- VI Da die Anny-Klawa-Morf-Stiftung sich stärker in der non-formalen Bildung mit einem Fokus auf Erwachsene positionieren will, hat das Projektteam Angebote für Kinder und Jugendliche öfters zusammengefasst und/oder exemplarische Angebote in die Liste aufgenommen.

Literatur

1. Dalton, R. J. *Democratic Choices, Democratic Challenges: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. (Oxford University Press, 2004).
2. Putnam, R. D. *Bowling alone: The collapse and revival of American community*. (Simon and Schuster, 2000).
3. Twenge, J. M., Campbell, W. K. & Carter, N. T. Declines in Trust in Others and Confidence in Institutions Among American Adults and Late Adolescents, 1972–2012. *Psychological Science* 25, 1914–1923 (2014).
4. Dlabac, O., Rohner, A., Zenger, T. & Kübler, D. *Die Milizorganisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau*. (Zentrum für Demokratie Aarau, 2014).
5. Claes, E. & Hooghe, M. The Effect of Political Science Education on Political Trust and Interest: Results from a Five Year Panel Study. *Journal of Political Science Education* 2169, (2016).
6. Pohl, K. Politische Bildung braucht Politische Theorie. in *Demokratie und Entscheidung: Beiträge zur Analytischen Politischen Theorie* (eds. Marker, K., Schmitt, A. & Sirsch, J.) 181–192 (Springer Fachmedien, 2019). doi:10.1007/978-3-658-24529-0_12.
7. Campbell, D. E. Introduction. in *Making Civics Count: Citizenship Education for a New Generation* (eds. Campbell, D. E., Levinson, M. & Hess, F. M.) 1–14 (Harvard Education Press, 2012).
8. Gautschi, P. & Bürgler, B. Historisches Lernen und Politische Bildung in der Deutschschweiz auf der Sekundarstufe I. in *Politische Bildung im Fächerverbund* (ed. Hellmuth, T.) (Wochenschau, 2017).
9. Europarat. *Kompetenzen für eine demokratische Kultur - Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften*. (2018).
10. van Deth, J. W. A conceptual map of political participation. *Acta Politica* 49, 349–367 (2014).
11. Norris, P. *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. (Cambridge University Press, 2011). doi:10.1017/CBO9780511973383.
12. GPJE. *Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen - Ein Entwurf*. (Wochenschau Verlag, 2004).
13. Krammer, R. *Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen Ein Kompetenz-Strukturmodell*. (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, 2008).
14. Detjen, J., Massing, P., Richter, D. & Weissenso, G. *Politikkompetenz - ein Modell*. (Springer, 2012).
15. Ipb. Beutelsbacher Konsens. *Homepage der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* <https://www.ipb-bw.de/beutelsbacher-konsens/> (2015).
16. Kouwenhoven, W. Competence-based curriculum development in higher education: some African experiences. in *Access & expansion: Challenges for higher education improvement in developing countries* (eds. Cantrell, M., Kool, R. & Kouwenhoven, W.) 125–146 (VU University Amsterdam, 2010).
17. Kouwenhoven, W. Designing for Competence in Mozambique. Towards a Competence-Based Curriculum for the Faculty of Education of the Eduardo Mondlane University. (2003).
18. Kouwenhoven, W. Competence-based Curriculum Development in Higher Education: a Globalised Concept? in *Technology Education and Development* (eds. Lazineca, A. & Calafate, C.) 1–22 (Intech, 2009). doi:10.5772/7297.
19. Baartman, L. K. J. & de Bruijn, E. Integrating knowledge, skills and attitudes: Conceptualising learning processes towards vocational competence. *Educational Research Review* (2011) doi:10.1016/j.edurev.2011.03.001.
20. Weinert, F. E. *Vergleichende Leistungsmessung in Schulen: Eine umstrittene Selbstverständlichkeit. Leistungsmessungen in Schulen* (Beltz, 2001). doi:Weinheim [u. a.].

21. Sander, W. Kompetenzen in der Politischen Bildung–eine Zwischenbilanz. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3, 293–307 (2009).
22. Inglehart, R. & Welzel, C. Changing Mass Priorities: The Link between Modernization and Democracy. *Perspectives on Politics* 8, 551–567 (2010).
23. Inglehart, R. & Welzel, C. *Modernization, Cultural Change and Democracy*. (Cambridge University Press, 2005). doi:10.1017/CBO9780511790881.
24. Putnam, R. D. *Making democracy work: Civic traditions in modern Italy*. (Princeton University Press, 1993).
25. Koller, D. Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. (2017).
26. D-EDK. Fachbereiche | Lehrplan 21. <https://www.lehrplan21.ch/fachbereiche> (2016).
27. Campbell, D. E. & Niemi, R. G. Testing Civics: State-Level Civic Education Requirements and *Political Knowledge*. *American Political Science Review* 110, 495–511 (2016).
28. Zamora, P. Political Simulation Games in Civic Education. (2019).
29. Torney-Purta, J., Lehmann, R., Oswald, H. & Schulz, W. *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*. (International Association for the Evaluation of Educational Achievement, 2001). doi:10.5860/choice.39-3049.
30. Ziegler, B. Competencies, Stabilization of the Democratic System, and Self-Empowerment. in *Civic Education and Competences for Engaging Citizens in Democracies* (eds. Print, M. & Lange, D.) 111–123 (Sense Publishers, 2013). doi:10.1007/978-94-6209-172-6_9.
31. Oser, F., Biedermann, H. & Kersten, B. *Jugend ohne Politik: Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz*. (Rüegger, 2003).
32. Biedermann, H., Oser, F., Konstantinidou, L. & Widorski, D. *Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern*. (Universitas Friburgensis, 2010).
33. Massing, P. Politische Stiftungen. *Bundeszentrale für politische Bildung* <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all> (2015).
34. Kaiser, W. & Starie, P. *Transnational European Union: Towards a common political space*. *Transnational European Union: Towards a Common Political Space* (Routledge, 2005). doi:10.4324/9780203016534.
35. Lutz, M. & Müller, U. Parteinaher Stiftungen kosten Steuerzahler 581 Millionen. *WELT* (2018).
36. KAS et al. *Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland*. https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_23391_1.pdf/4f307d51-b385-6d7a-6594-b002e6bf5e84?version=1.0&t=1539659476857 (2011).
37. Hirschi, J. & Buchs, A. *JugendparlamentarierInnen-Umfrage 2016*. https://www.dsj.ch/file-admin/files/6_Publikationen/Studien/Jupa-Umfrage_20160704.docx..pdf (2016).
38. von Glasersfeld, E. Introduction: Aspects of Constructivism. in *Constructivism Theory Perspectives and Practice* (ed. Fosnot, C. T.) 3–7 (Teachers College Press, 2004).
39. Jones, R. & Bursens, P. The Effects of Active Learning Environments: How Simulations Trigger Affective Learning. *European Political Science* 14, 254–265 (2015).
40. Sahlberg, P. The Global Educational Reform Movement and Its Impact on Schooling. in *The Handbook of Global Education Policy* (eds. Mundy, K., Green, A., Lingard, B. & Verger, A.) 128–144 (Wiley-Blackwell, 2016). doi:10.1002/9781118468005.ch7.
41. Kühberger, C. *Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung*. vol. 2 (Studien Verlag, 2015).
42. Knittel, C. Eine Feldstudie zur Untersuchung der Förderung von Bewertungskompetenz – am Beispiel der Photovoltaik. (2013).

43. Manzel, S. & Weißeno, G. Modell der politischen Urteilsfähigkeit – eine Dimension der Politikkompetenz. in *Politikwissenschaft und Politikdidaktik* (eds. Oberle, M. & Weißeno, G.) 59–86 (Springer Fachmedien, 2017). doi:10.1007/978-3-658-07246-9_5.

10. ANHANG

10.1 Beschreibung Methoden

Methode: Welchen Methoden werden verwendet?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Aktionstage	5
Ausstellung	5
Demokratiehaus	3
Dialog	2
E-Plattform	10
Exkursion/Reise	7
Festival	2
Info-Medien	15
Partizipative Struktur	14
Tagung/Kurs	12
Theater	2
Wettbewerb	3
Workshop	20

Aktionstage sind sowohl schweizweit als auch lokal durchgeführte Themenwochen oder -tage, welche sich einem spezifischen Aspekt der politischen Bildung wie z.B. einer bestimmten Staatsform oder Diskriminierung widmen. Sie sollen eine breite Bevölkerungsgruppe aktivieren. Als Beispielangebot gilt hier die «Semaine de la démocratie», welche sich jährlich mit dem Thema Demokratie in verschiedenen Workshops, Podiumsdiskussionen und im Unterricht beschäftigt, organisiert von der Staatskanzlei Genf in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren.

Ausstellungen werden als Informationsvermittlungstool benötigt, welche Erwachsenen oder auch jungen Erwachsenen einzelne Aspekte einer Thematik näherbringt und damit meist den Themenbereich Politisches System oder Aktualität beleuchtet. Ausstellungen sind in aller Regel nicht kostenlos, sind jedoch ein Walk-In-Angebot für alle. Das Beispielangebot «Die ganze Wahrheit» des Stapferhauses führte Interessierte an das Thema Fake News und Medienkompetenz heran und kann sowohl von Schulen als auch von Gruppen oder Einzelpersonen besucht werden.

Demokratiehäuser vermitteln Informationen zu aktuellen politischen Debatten und Zeitgeschehen. Aktuell gibt es eine Handvoll Demokratiehäuser in der Schweiz. Sie verwenden verschiedene Formen wie etwa Podiumsdiskussionen oder Ausstellungen. Das Angebot richtet sich meist an Erwachsene und liegt im urbanen Raum. Als Beispielangebot gilt hier das «Polit-Forum Bern», welches den Veranstaltungsraum als Marktplatz freier Meinungen zur Diskussion aktueller Thematiken zur Verfügung stellt und für Schulen neben Führungen auch Debatten oder Workshops anbietet.

Dialog als eigene Methode gibt es bisher selten. Die Methode zeichnet sich durch vier Phasen aus, welche persönlichen, sicheren, offenen und partizipativen Raum schaffen. Im Zentrum stehen Diversität und Polarität der Ideen. So soll eine sehr hohe Aktivierung erreicht werden. Bisher gibt es mehrheitlich Angebote für Erwachsene. Beispielangebot wäre das Projekt «Dialog in Gemeinden» von Collaboratio Helvetica. Das Projekt fokussiert v.a. auf den Bereich Gemeindepartizipation.

Eine E-Plattform zeichnet sich durch den digitalen Zugang und die Interaktivität aus. Im Vergleich zu Webseiten sind Interessierte auf einer E-Plattform angehalten, mitzugestalten oder interaktive Tools zur Erfassung von Meinungen bezüglich aktueller Politik oder Politischen Wissen beschäftigt. Solche Angebote sind in aller Regel kostenlos. Beispielangebot wäre in dieser Methode «smartvote», welches Wählende zum Wählen befähigt und sie aktiviert, indem die eigene Wahl in ein Verhältnis zu allen möglichen Kandidat*inne gestellt wird.

Für die Methode Exkursion / Reise ist der Ortswechsel relevant. Darunter fallen Besuche von Rathhäusern oder anderen Institutionen, Stadtführungen oder Jugendaustausche. Der Informationsgehalt der Angebote ist meist relativ hoch, der Aktivierungsanteil ändert sich stark nach Angebot. Diese Methode wird vor allem von Erwachsenen und Jugendlichen genutzt, Angebote für Kinder gibt es praktisch keine. Ein Beispielangebot ist «Challenge Europe» von yes (young european swiss). Ein non-formales Angebot für Junge Erwachsene, welches Institutionen der EU in einer Woche näher bringt.

Bei Festivals steht – ähnlich wie Aktionswochen – die Aktivierung im Zentrum. Die Themen sind vielfältig und bewegen sich zwischen Wissen über Politische System oder spezifischen Themen wie z.B. Menschenrechte. In der Schweiz wird die Methode Festival selten für die politische Bildung genutzt und es gibt keine Angebote für Kinder und wenig für Junge Erwachsene. Ein Beispiel dafür ist das «Demokratie-Festival BETA» des Vereins PublicBeta und der Stiftung für direkte Demokratie, welches ein Programm aus Keynotes, Panels und Workshops sowie Zusammensein bot.

Info-Medien befassen sich entweder mit Aspekten aktueller Politik, mit dem politischen System oder Forschung zu politischer Bildung. Der grösste Teil aller Angebote ist für Erwachsene, während Kinder und Jugendliche sich vor allem mit Teilen der Staatskunde und Junge Erwachsene mit Aktualitäten beschäftigen. Unter diese Methode fallen viele Informationsplattformen staatlicher Akteure und alle Angebote sind kostenlos. «Wahlen 2019» der Bundeskanzlei ist ein Beispiel für diese Methode, welche vor allem Informationen vermittelt – und dies in allen Landessprachen.

Partizipative Strukturen sind in dieser Gruppe in einem bestimmten Zyklus oder regelmässig stattfindende Gefässe zur Partizipation. Dies kann ein Migrant*innenparlament, eine Arbeitsgruppe oder die Jugendgruppe einer NGO sein. Im Zentrum steht dabei neben der klaren Aktivierung die gleichzeitig sehr wichtige Information für die Teilnehmenden. Die Partizipation zielt dabei entweder auf Mitgestaltung in politischen Aspekten oder in gesellschaftsrelevanten Aspekten ab und Skills der Teilnehmenden werden gefördert. Gemeindepertizipation, Ideenentwicklung und «eine Stimme geben» stehen im Vordergrund dieser Methode. Solche Strukturen gibt es aktuell vor allem für Jugendliche und sehr selten für Kinder. Ein Beispiel ist die «Jugend-session», welche organisiert durch die SAJV Jugendlichen aus der ganzen Schweiz der Jugend eine Stimme verleiht.

Tagung / Kurs beschreiben Methoden, welche sich durch einen hohen Informationsgehalt auszeichnen und mehrheitlich Erwachsenen vermittelt werden. Tagungen und Kurse sind nur zum Teil kostenlos und benötigen öfters eine Einschreibung. Sie finden meist im urbanen Raum statt und richten sich an ein Publikum, welches bereits interessiert ist. Viele solcher Angebote werden auch von NGOs oder Interessenorganisationen durchgeführt, welche spezifische Themen beleuchten, etwa im Bereich Global Citizenship Education. Als Beispielangebot wird hier

«<https://institutneueschweiz.ch/>» erwähnt, welches Einwohner*innen ohne Stimmrecht eine Stimme gibt und Tagungen organisiert.

Theater als Methode beschreibt die gemeinsame Erarbeitung eines Themas in einem künstlerischen Umfeld, welches aktuelle politische Themen aufgreift oder Mitsprache über das Medium Theater ermöglicht. Das Format aktiviert und befähigt die Teilnehmenden zum Mitgestalten ihres Umfelds oder Ihrer Gesellschaft. Theater mit einem zielgerichteten Bildungsziel gibt es bisher vor allem für Erwachsene. Ein Beispiel ist das Projekt «ZWISCHENRÄUME_Re-start_2» des MAXIM Theaters.

Wettbewerbe sollen über die aktivierende Wirkung bei den Teilnehmenden Skills und Einstellungen unterstützen, um aktiv an der Gesellschaft oder bei Wahlen/Abstimmungen teil zu nehmen. Wettbewerbe können sowohl jährlich als auch themengebunden oder einmalig sein und werden für jedes Alter angeboten. Ein Beispiel dafür ist der Wettbewerb «CinéCivic», welcher das Thema Abstimmungen in der Schule und ausserhalb für Kinder und Jugendliche aus den Kantonen Genf, Waadt, Bern und Wallis thematisiert.

Workshop ist ein aktivierendes Angebot für max. 30 Personen, bei welchem das gemeinsame Erarbeiten einer Thematik im Vordergrund steht. Es ist keine frontale Wissensvermittlung, beinhaltet jedoch auch Wissensaspekte. Workshops werden von sehr vielfältigen Akteuren angeboten, welche sich um die Themen Ideenentwicklung, Mitsprache oder auch Menschenrechte drehen. Für Erwachsene und Junge Erwachsene gibt es eine Vielzahl an Workshops, für Kinder ist das Angebot kleiner. Ein Teil der Angebote ist nicht kostenlos. Das Beispiel für einen Workshop ist das «glp lab» des Vereins glp lab, welches als offenes Politlabor eine Ideenküche für politische Ideen bietet.

10.2 Beschreibung Themen

Thema: Welches Thema wird behandelt?

Kategorien	Anzahl Angebote in der Liste
Aktualität	19
Forschung	4
Frieden	3
Gemeinde	13
Ideen	13
Menschenrechte	12
Politisches System	21
Mitsprache	15

Aktualität beschreibt aktuelle politische Debatten wie Wahlen, Abstimmungen, Tendenzen oder Diskussionen.

Frieden umfasst Angebote, welche die Friedensförderung oder den interkulturellen Austausch zum Ziel haben.

Forschung ist das Thema für Angebote, welche den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs oder Datenbanken darstellen.

Gemeinde beschreibt das Thema Gemeindepartizipation.

Ideen zeichnet Angebote aus, welche sich vor allem mit der Entwicklung und Diskussion von Ideen beschäftigen.

Menschenrechte umfasst ein Unterthema politischer Bildung.

Politisches System ist das Wissen über politische Institutionen, Systeme und Geschichte.

Mitsprache beschreibt die Teilhabe und Teilnahme von Einwohner*innen, Jugend oder Kinder am politischen oder gesellschaftlichen Diskurs und die «Stimme», welche ihnen gegeben wird.

10.3 Beschreibung von Netzwerk-Organisationen

Jugendarbeit: Kommunale, kantonale und regionale Jugendarbeitsstellen gestalten mit Kindern und Jugendlichen einen Grossteil der Freizeit und regen vielfältige Partizipationsprojekte an. Repräsentiert und vernetzt wird ihre Arbeit von kantonalen Dachverbänden, welche sich im nationalen Dachverband offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ) vereinen. www.doj.ch Jugendverbände wie Cevi, Pfadibewegung Schweiz oder Jungwacht Blauring Schweiz gestalten einen grossen Teil der Freizeit vieler Kinder und Jugendlicher. Für jeweils über 1000 Mitglieder decken sie einem breiten Themenbereich ab und ermöglichen verschiedene Partizipationsziele. Ein Grossteil der Jugendorganisationen und Jugendverbände sind Mitglieder bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendorganisationen SAJV, welcher sich für bessere Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche einsetzt und die Kompetenzstelle für Jugendförderung und Jugendpartizipation ist. www.sajv.ch

Kinder- und Jugendparlamente bestehen in der Schweiz auf lokaler, regionaler oder kantonaler Ebene. Sie bilden die Stimme der Kinder/Jugend ab und bieten interessierten Kindern und Jugendlichen erste Erfahrungen mit Politischen Debatten. Während einige Parlamente als Vereine aufgebaut sind, werden andere vollständig von Stadt/Kanton organisiert. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Parlamente unterscheiden sich, ebenso die Finanzierung der Angebote. Teilweise führen Parlamente eigene Projektstage oder z.B. Sessionen durch. Ein Grossteil der Jugendparlamente ist unter dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) organisiert, welcher Wissen und Vernetzung für die einzelnen Jugendparlamente bietet. www.dsj.ch

Der Verein Infoklick leistet Kinder- und Jugendförderung und bietet leicht verständliche Informationen und konkrete Hilfestellungen für sämtliche Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen. Jährlich werden ca. 500 Jugendprojekte und Jugendinitiativen organisiert. infoklick.ch engagiert sich in den drei fachlichen Bereichen Information, Förderung und Politik. Der Verein ist in der ganzen Schweiz präsent und hat mehrere Regionalstellen. www.infoklick.ch

Der Campus für Demokratie vernetzt mit Veranstaltungen zu Spezialthemen der politischen Bildung und Partizipation schweizweit, schafft Raum für Diskurse und Synergien, baut Brücken und macht auf Projekte und Expert*innen aufmerksam. Akteure der politischen Bildung und Partizipation erhalten auf der Website Informationen und Ideen zur Umsetzung von Aktivitäten in der Schule und ausserhalb. www.campusdemokratie.ch

Zudem sind die Gemeinden im Städteverband oder im Gemeindeverband organisiert und engagieren sich für Partizipationsprojekte auf lokaler Ebene. Die Verbände sind sowohl kantonale als auch regional organisiert. Zur Förderung von Jungen in der Gemeindepolitik ist ein neuer Verein entstanden (FJG).

Die Zahl der themenbezogenen Akteure, bspw. für Menschenrechte ist unzählig. Zudem gibt es neben Jugendgruppen auch freiwillig organisierte Gruppen, welche zivilgesellschaftliches Engagement fördern und sich damit stark an das Partizipationsziel 4 anlehnen oder bereits im informellen Bereich aktiv sind. Aufgrund der Vielzahl der Akteure werden sie hier nicht aufgezählt.

10.4 Liste ausschliesslich staatlicher Akteure

Liste ausschliesslich staatlicher Akteure

- Année politique suisse
- Bundeskanzlei
- Canton de Genève
- Chancellerie d'Etat du canton de Genève
- Communes de St-Imier et Tramelan
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
- Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR
- Gemeinde Biasca
- Gemeinde Safiental und Cipra International
- HES-SO Valais-Wallis
- Kanton Genf, Waadt, Bern und Wallis
- Label Vert
- Landesmuseum Zürich
- Parlamentsdienst Kt. Zürich
- Parlamentsdienste
- République et canton du Jura
- Schweizerische UNESCO-Kommission
- Stadt Zürich
- Université populaire albanaise (UPA)
- Ville de Lausanne
- Ville de Sion
- Volkshochschule Rheintal
- Zentrum für Demokratie Aarau

Publikation: August 2020

Autor*innen der Studie:

Dr. phil. Patrick Zamora, Geschäftsführer Etharion GmbH
(patrik.zamora@etharion.ch)

Carol Schafroth, Geschäftsführerin Campus
für Demokratie - Stiftung Dialog
(carol.schafroth@campusdemokratie.ch)

Claudia Röder, Projektmitarbeiterin Campus
für Demokratie - Stiftung Dialog
(claudia.roeder@campusdemokratie.ch)

Die Studie kann in gedruckter Form unter der E-Mail-Adresse
info@anny-klawa-morf.ch bezogen werden.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten
Ansichten sind nicht notwendigerweise die der
Anny-Klawa-Morf-Stiftung.

Die Anny-Klawka-Morf-Stiftung setzt sich für eine progressive politische Bildung in der Schweiz ein. Sie ist eine der SP Schweiz nahe, aber unabhängige Stiftung, die den Dialog und das Verständnis für die Demokratie befördern will. Die Stiftung ist operativ tätig und Mitglied bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).

**Anny-Klawka-Morf-Stiftung
Falkenplatz 11
Postfach
3001 Bern
info@anny-klawka-morf.ch
www.anny-klawka-morf.ch
T: 031 313 33 25**

IBAN: CH92 0900 0000 1527 0432 9